BUNDESPOLIZEI kompakt

Zeitschrift der Bundespolizei
ISSN 2190-6718

38. Jahrgang
2-2011

Sicherheit ist unser Beruf

Der Wert der Inneren Sicherheit

In- & Ausland:
Wie geht es weiter, Herr Minister?
Seite 14

Recht & Wissen:
Änderung Flüssigkeitsbeschränkung
Seite 41

Sport & Gesundheit:
10 Kilo in vier Wochen - ohne Hunger, Stress und Frust
Seite 50

Inhalt

Bahnbetriebsunfall in Hordorf

Schichtbeginn. Alles sieht nach einem Routineeinsatz aus.

Seite 16

Mission Wien

kompakt zu Besuch beim Grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten Guido Ankner in Österreich

Seite 28

Die Reiterstaffel

Ein Einblick bei den reitenden Bundespolizisten

Seite 44

■ **Titelthema**
Innere Sicherheit ist unser Beruf . 4
Kommentar Sven Hüber 11
Prof. Dr. Christoph Gusy zur Inneren Sicherheit. 12
Wie geht es weiter, Herr Minister? 14

■ **In- & Ausland**
Bahnbetriebsunfall in Hordorf . . 16
Flaggenkunde für Landratten. . . 18
Dresden – Lubmin – Dresden – ein wahrer Einsatzmarathon . . . 20
Die luxemburgische Polizei 22

■ **Personal & Haushalt**
Polizisten essen gerne Kuchen? 26

■ **Portrait**
Mission Wien 28

■ **Recht & Wissen**
60 Jahre Bundespolizei 34
Änderung Flüssigkeitsbeschränkung. 41
Fortbildungsplanung – wie geht das eigentlich? 42

■ **Technik & Logistik**
Die Reiterstaffel 44
Tauchunfall. 48

■ **Sport & Gesundheit**
10 Kilo in vier Wochen - ohne Hunger, Stress und Frust . 50

■ **Leserbriefe**

■ **Zu guter Letzt**
Bundespolizisten auf Tour 58
Lange Haftstrafen verhängt 59
Vizeweltmeister im Bahnradsport59
Hilfe für Bundespolizisten 59

Impressum

Herausgeber
Bundespolizeipräsidium

Redaktion
Sandra Pfeifer (V.i.S.d.P.), Kristian Veil, Maik Lewerenz, Stefanie Kuhn, Daniel Nedwed, Stefan Perschall, Freya Schröder, Michaela Heine, Friedrich-Willhelm Britt, Armin Thiel, Lars Beyer, Torsten Henkel, Sven Drese, Anika Manthey, Kurt Lachnit, Cora Thiele, Thomas Borowik, Fiona Roloff

Anschrift
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon
0331/97 997-9404, -9407
Telefax
0331/97 997-9411

E-Mail
redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Druck
Media-Print Informationstechnologie GmbH
Paderborn

Auflage
12.000

Wir danken allen Autoren für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Autoren verantwortlich. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung und Änderung von Beiträgen vor.

In den Artikeln der kompakt wird aus Formulierungsgründen grundsätzlich nur die männliche Form verwendet, alle Ausführungen beziehen sich jedoch gleichermaßen auch auf Frauen.

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 3-2011
20. April 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

schnell geraten ein 60-jähriges Jubiläum oder „hausinterne“ Probleme in den Hintergrund. Bilder aus Japan belegen, wie erbarmungslos die Natur zugeschlagen hat und die Angst vor atomarer Strahlung wächst. Aber auch Schreckensmeldungen über militärische Konflikte und Unruhen beispielsweise in Libyen lassen die Welt erstarren. Die Katastrophe in Japan wirkt sich auch national aus. Atompolitik ist wieder ein Thema. Der Widerstand gegen die Nutzung von Kernenergie wächst und bewirkt eine Politikwende. Bundespolizisten werden diese Trendwende vermutlich beim nächsten Castortransport spüren – als Privatperson, weil sie wegen des Themas mit sich hadern oder die Wut der Aktivisten spürbar wird.

Viele Meldungen der letzten Wochen waren spannend und aufwühlend. Wegen Ungereimtheiten beim Erstellen der Doktorarbeit tritt Verteidigungsminister zu Guttenberg zurück und schneller, als die Bundespolizei Einsätze plant und Stellungnahmen zum Werthebach-Bericht schreibt, haben wir auch einen neuen Bundesinnenminister. Konstanz fühlt sich irgendwie anders an. Von unserem neuen Minister, Dr. Hans-Peter Friedrich, wollte ich wissen, wie es nun weitergeht.

Bei allem, was in der Welt und in Deutschland passiert, muss die Bundespolizei einen kühlen Kopf behalten, weil sie für die Sicherheit in unserem Land einsteht – und das seit 60 Jahren! Doch wie ist es um die Sicherheit bestellt, welchen Wert hat die Innere Sicherheit? Wir haben das Thema zu unserer Titelgeschichte gemacht.

Außerdem wollten wir endlich genau wissen, wie der Alltag eines Grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten aussieht. Das Portrait unseres Kollegen Guido Ankner in Wien gibt Aufschluss darüber.

Einsatzalltag ist häufig von belastenden Ereignissen geprägt. Der Bahnbetriebsunfall in Hordorf war einer dieser schrecklichen Einsätze, aber auch die Großdemonstrationen in Dresden hinterließen Spuren. Kollegen berichten darüber.

Die „letzten Zehn“ unserer Serie: Die Bundespolizei in den Jahren 2001 bis 2011. Lesen Sie, was in dieser Dekade prägend war; vielleicht haben Sie das eine oder andere selbst miterlebt. Viel Spaß beim Lesen!

Ihre Sandra Pfeifer
Redaktion Bundespolizei kompakt

Sicherheit ist unser Beruf

Der Wert der Inneren Sicherheit

Es liegt in ihrem Wesen, dass nur dann über sie gesprochen wird, wenn die Lage ernst ist oder zumindest zu sein scheint. Sie ist schwer zu fassen und beruht sowohl auf subjektivem Empfinden als auch empirischen Daten: die „Innere Sicherheit“. Ein Begriff, der zum einen politische Prozesse und zum anderen die Summe der Wahrnehmungen der Bevölkerung umschließt. Deshalb bewegt sich die Innere Sicherheit auch immer in einem ideologischen Spannungsfeld: Auf der einen Seite der starke Staat mit einer Betonung auf Eingriffsrechte, auf der anderen Seite der liberale Ansatz mit dem Schwerpunkt Bürgerrechte. Fest steht: In der Politik lässt sich mit dem Thema trefflich punkten – weil das Gefühl der Inneren (Un-)Sicherheit jeden Bürger etwas angeht. Und so genießt das Thema in Sonntagsreden und auf dem geduldigen Papier immer wieder einen hohen Stellenwert. Schlagworte wie „Hohes Gut für Lebensqualität“, „Evaluierung der Sicherheitsbehörden“ oder „Schutz der Bürger“ sind über alle ideologischen Grenzen hinweg zu hören und zu lesen. Jeder Meldung über eine prügelnde Jugendhorde oder andere Verbrechen folgt nicht nur in den Boulevardmedien fast zwangsläufig auch immer der Ruf nach mehr Polizei. Wenn nur, ja wenn da nur nicht immer auch die Sache mit dem lieben Geld wäre. In Zeiten klammer Staatssäckel ist selbst das sensible Feld der Inneren Sicherheit nicht vor dem Rotstift sicher. Nur, dass die Politik besonders hier in ein schwer zu lösendes Dilemma tappt. Kurz: Sie muss zwangsläufig im Bereich von Sicherheitsinstitutionen sparen. Auf der anderen Seite darf der Bürger nicht das Gefühl haben, dass dies Auswirkungen auf seine persönliche Sicherheit hat. Nicht zu vergessen: Die Motivation des Sicherheitspersonals. Einschnitte in die Budgets

von Polizei und Sicherheitsbehörden haben immer auch direkte Auswirkungen auf die Motivation und die Qualität des Produkts Sicherheit. Die ehrliche und gesellschaftsübergreifende Frage muss also lauten: Welches Maß an Sicherheit können und wollen wir uns leisten?

Innere Sicherheit

Auch wenn Agenturmeldungen und die bunten Schlagzeilen der großen Boulevardmedien oftmals ein anderes Bild zeichnen: In puncto Sicherheit steht Deutschland ganz gut da. Das findet zumindest Professor Dr. Christoph Gusy, Staatsrechtler und Experte für Innere Sicherheit an der Universität Bielefeld. „Die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik ist auf einem – im internationalen Vergleich – hohen Niveau. Dafür ist ursächlich u.a. die Arbeit der Sicherheitsbehörden, d.h. auch der Polizeibehörden von Ländern und Bund, verantwortlich."

Aber was genau verbirgt sich hinter dem Begriff „Innere Sicherheit"? Eine klassische Legaldefinition gibt es nicht. In der Wikipedia wird die Innere Sicherheit als Schutz der Gesellschaft und des Staates vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen, die sich aus dem Inneren der Gesellschaft selbst heraus entwickeln, bezeichnet. Prof. Dr. Martin Möllers schreibt im Wörterbuch der Polizei: „Der Begriff Innere Sicherheit steht für alle Maßnahmen der ‚gesetzgebenden', ‚vollziehenden' und ‚rechtsprechenden' Gewalt (‚Gewaltenteilung'), die sich auf den Schutz der Bevölkerung innerhalb eines Staatsgebietes im Sinne eines inneren Friedens beziehen. Innere Sicherheit grenzt sich von äußerer Sicherheit ab […]."

Ohne Frage ist die Polizei, also auch die Bundespolizei, damit Teil der Inneren Sicherheit. Sie ist verantwortlich für die Sicherheit kritischer Infrastrukturen an den Bahnhöfen, Flughäfen und Verfassungsorganen, und auch an der Grenze im Ausland hat sich die Bundespolizei einen Namen erarbeitet. Ob im Rahmen der Vorfeldstrategie, also dem Einsatz von Dokumenten- und Visaberatern in Herkunftsländern illegaler Migration, als Verbindungsbeamte oder in verschiedenen Missionen – überall hört man, dass die Bundespolizei gut geschult ist und routiniert arbeitet. Immer wieder wird die Bundespolizei

als ein Garant der Inneren Sicherheit genannt. Und gerade weil dies von den Amtsträgern bei vielen Eröffnungs-, Beförderungs- und Vereidigungsreden so oft wiederholt wird, kann bei dem einen oder anderen „Garanten“ der Eindruck entstehen, dass es sich hier weniger um Absichtserklärungen, sondern – in Anbetracht von finanziellen Kürzungen – eher um „Durchhalteparolen“ handelt. Sollen die Bundespolizisten damit vielleicht nur bei der Stange gehalten werden? Denn besonders bei der Bundespolizei wachsen mit den Aufgaben auch die Belastungen. Ausschreitungen beim Fußball oder bei Demonstrationen, Angriffe auf Polizisten und Dauerdienst machen das Leben eines Polizisten nicht leichter. Vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Personaldecke und sinkender Budgets stellt sich vielen Polizisten die Frage der Berufszufriedenheit.

Und trotzdem besteht für die Bevölkerung kein Grund zur Beunruhigung. So erklärt beispielsweise Max, Angehöriger einer Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft: „Natürlich ist meinen Kollegen und mir die Innere Sicherheit etwas wert, sie ist unser Beruf.“ Ergänzend fügt er hinzu: „Die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit ist unsere Aufgabe und zugleich unsere Motivation. Wenn wir in einem Einsatz einen Teil zur Inneren Sicherheit beitragen konnten, dann erhöht das unsere Berufszufriedenheit. Je anspruchsvoller der Einsatz war, desto stärker spürt jeder Beamte, dass er etwas für die Innere Sicherheit getan hat. Das ist das, was uns antreibt. Ich gebe zu, natürlich spielt auch der Verdienst eine Rolle, aber zu wissen, aktiv etwas für die Sicherheit der Bürger getan zu haben, das ist schon ein sehr gutes Gefühl. Gerade wenn wir uns in Situationen bewegen, die außer Kontrolle sind, erkennen wir, wie wichtig unser Beruf und die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit ist. Wir sind in der Lage, solche Situationen zu bewältigen oder

wenigstens einen wichtigen Teil dazu beizutragen: Das ist ein gutes Gefühl, darauf kann man stolz sein, und die Kollegen sind es auch – mit Recht!“

Doch auch er hätte Ideen, wenn er das Geld dafür hätte. Beispielsweise die Beschaffung von Führungs- und Einsatzmitteln, etwa eine neu entwickelte Schutzausstattung, möglichst ballistisch. Aber, so sagt er, es gehe nicht nur um finanzielle Dinge. Den Wert der Inneren Sicherheit erkenne man auch an der Arbeitsweise der Justiz, zum Beispiel an der Ausschöpfung des Strafmaßes.

Sicherheit vs. Freiheit

Das Thema „Innere Sicherheit“ ist auch immer ideologisch besetzt. Auf der einen Seite steht der Ruf nach dem starken Staat. Auf der anderen Seite der Konfliktlinie steht das Bedürfnis nach einer stärkeren Betonung der Bürgerrechte und dem Schutz des Einzelnen vor dem Zugriff jenes starken Staates. Dass diese Konfliktlinie stark subjektiv besetzt ist, weiß auch Andrea, die an der deutsch-tschechischen Grenze Dienst tut: „Innere Sicherheit ist aus meiner Sicht vor allem dann ein Thema, wenn etwas Konkretes passiert, beispielsweise Anschläge, Gewaltstraftaten oder organisierte Kriminalität aufgedeckt wird.“ In der Regel hält diese Ergriffenheit nur kurz an, nach einigen Wochen hat das der Bürger wieder verdrängt – bis zum nächsten Ereignis oder der nächsten Betroffenheit.

„Es existiert nun mal das Natur gegebene Spannungsverhältnis zwischen der rechtsstaatlich garantierten Sicherheit als Gemeingut und der persönlichen Freiheit. Wenn Menschen unmittelbar oder mittelbar mit Einschränkungen ihrer Persönlichkeit, ihrer persönlichen Entwicklung betroffen sind, rückt die Innere Sicherheit verständlicherweise zugunsten der persönlichen Freiheit in den Hintergrund“, so Andrea weiter.

So ist es für Menschen in Ballungsgebieten normal, dass sie beispielsweise wegen ständig stattfindender Großveranstaltungen, gesperrten Flugsteigen oder Bahnhöfen und herrenlosen Gepäckstücken nahezu täglich Einschränkungen hinnehmen müssen. Dass ihnen das nicht gefällt, ist verständlich. Werden sie jedoch selbst Opfer einer Straftat, beispielsweise eines Taschendiebstahls oder eines Gewaltverbrechens, steht die Sicherheit und der schnelle Kontakt zur Polizei im Vordergrund. „Innere Sicherheit ist dann etwas wert, wenn die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit gelingt. Das muss nicht nur jedem Polizisten bewusst sein.“

Politik und Innere Sicherheit

Sicherheit und Freiheit spielen auch in den Leitlinien der Politik eine Rolle. Der Politik ist die Innere Sicherheit etwas wert. Den Eindruck gewinnt man zumindest, wenn man im fortgeschriebenen Programm Innere Sicherheit (Fortschreibung 2008/2009) liest. Die Leitlinie für die Innere Sicherheit ist, Freiheit und Sicherheit der Bürger in einem ausgewogenen Verhältnis zu gewährleisten: „Es kommt darauf an, in Freiheit sicher zu leben.“ Es ist auch nachzulesen, dass die Länder und der Bund ihre Sicherheitsbehörden so zu organisieren, zu dimensionieren sowie personell und materiell auszustatten versuchen,

dass sie ihre Aufgaben grundsätzlich eigenständig bewältigen können. Es gilt also, Ressourcen bereitzustellen oder zu beschaffen.

Doch wird dies in der Praxis sichergestellt? Hierzu hört man auch kritische Stimmen aus den Reihen der Bundespolizei. Alexander, Bundespolizist und Führungskraft an einem Schwerpunktbahnhof, fragt: „Ist mir als Bundespolizist die Innere Sicherheit so viel wert, dass ich unabhängig von den jeweiligen Umständen, wie Beförderung, Personalfehl, Arbeitszeiten und dienstlichem Frust, immer alles gebe?“ Auch aus einer Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit werden Fragen laut: Wie gut muss die personelle und materielle Ausstattung einer Polizei sein, damit sie all die neuen Herausforderungen bewältigen kann? „Im Inland, im Ausland, am Bahnhof, Flughafen, bei Demos – wir sind überall und das nahezu an jedem Wochenende, da müssen die Rahmenbedingungen stimmen“, sagt Michael, Angehöriger der MKÜ.

Fragen dieser Art entstehen häufig dann, wenn ein Sparprogramm greift und nicht transparent gemacht wird, wo man am ehesten sparen könnte.

Prof. Dr. Gusy positioniert sich beim Thema Sparen klar: „Diskussionen um mögliche Einsparungen gibt es bei allen staatlichen Stellen, denken Sie nur an die Bundeswehr. Hier ist nicht jede Einspardiskussion identisch mit mangelnder Wertschätzung. Und auch nicht jede Einspardiskussion ist schlecht. Es gibt Fälle von Aufgabenfortfall oder -wandel, neue Möglichkeiten der Aufgabenerfüllung und Neuausrichtung staatlicher Aufgaben, welche Einsparmöglichkeiten nahelegen können. Davon sind auch Sicherheitsbehörden nicht von vornherein ausgenommen, können es auch nicht sein.“ Also gilt es, klare Leitlinien vorzugeben und Prioritäten zu setzen – auch im Einsatz.

Doch trotzdem bleibt ein Beigeschmack. An Veränderungen ist die Bundespolizei gewöhnt, vor allem, wenn sie einen Mehrwert bringen und damit das Ziel: Freiheit und Sicherheit für den Bürger stärken. Doch es gilt auch, die Aufgabenvielfalt und die dahinterstehenden Ressourcen, die nötig sind, um diese Aufgaben zu bewältigen, im Auge zu behalten.

Am „Ob“ von Evaluierungen der Sicherheitsbehörden bestehen keine Zweifel. Doch im Koalitionsvertrag heißt es unter anderem: „Wir werden die Erfahrungen mit der neuen Struktur der Bundespolizei nutzen, um die Bundespolizei in ihren Kernkompetenzen zu stärken […]. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und ihrer finanziellen Folgelasten ist es geboten, mit vorhandenen Ressourcen mehr zu erreichen. Wir werden daher die bestehenden Aufgaben und Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern unter Wahrung der bewährten föderalen Sicherheitsarchitektur evaluieren. Dabei soll auch die Schnittstelle Zoll/Bundespolizei einbezogen werden.“

Mit dem Werthebach-Bericht erfolgte nun diese Evaluierung, doch eine wirkliche Aufgabenkritik war für die meisten nicht erkennbar, auch die Schnittstelle zum Zoll wurde relativ schnell außen vor gelassen.

„Es ist gerade das heterogene Mosaik der Aufgaben der Bundespolizei, welches Aufgabenkritik und Strukturanpassung nahelegt“, sagt Prof. Dr. Gusy. „Dabei bietet sich meines Erachtens nicht an, die Bundespräventivaufgaben bei der Bundespo-

lizei, die Bundesrepressivaufgaben bei BKA und anderen Bundesstellen anzusiedeln und säuberlich abzugrenzen. Vielmehr hängen beide eng miteinander zusammen. Die positive Aufgabenabstimmung und -abgrenzung kann aber erst am Ende der Diskussion stehen und nicht an ihrem Anfang. Insoweit ist der Werthebach-Bericht ein wichtiges, aber ganz gewiss nicht das letzte Wort!“

Minister Dr. Friedrich hatte sehr schnell deutlich gemacht, dass eine Zusammenlegung von BKA und Bundespolizei nicht infrage kommt, doch was folgt jetzt?

Die Einsparungen stehen fest, sagte Friedrich im Interview, doch welche Veränderungen folgen, bleibt bisher noch offen.

Innere Sicherheit in Europa

Innere Sicherheit ist nicht nur ein nationales Thema. Mit dem Stockholmer Programm wird die Europäisierung der Inneren Sicherheit deutlich.

Das Stockholmer Programm ist ein Programm mit Richtlinien für eine gemeinsame Innen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die Jahre 2010 bis 2014. Europäische Innenpolitik soll demnach die Balance zwischen wachsender Mobilität, Sicherheit und Bürgerrechten wahren und die Stellung Europas in einer globalisierten Welt weiter ausgestalten, um die Innere und Äußere Sicherheit zu bewältigen.

Eine der politischen Prioritäten des Programms ist der „Schutz der Bürger – ein Europa, das Schutz bietet“. Es soll demnach eine Strategie der Inneren Sicherheit entwickelt werden. Ziel ist es, die Sicherheitslage innerhalb der Union zu verbessern und damit das Leben und die Unversehrtheit der europäischen Bürger zu schützen. Als Voraussetzung hierfür werden unter anderem eine engere Zusammenarbeit der Polizei- und Justizorgane sowie bessere Sicherheitsvorkehrungen bei der Einreise in die EU formuliert. Die Europäische Kommission zeigt zudem auf, dass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus noch entschlossener angegangen und besser koordiniert werden muss.

Hieran wird deutlich, dass der europäische Gedanke noch näher an die Arbeit der Bundespolizei heranrückt. Gerade beim Themenfeld Bekämpfung irregulärer Migration wird die Bundespolizei ein Hauptakteur sein. Bereits jetzt stellt die Bundespolizei Fachleute in den Herkunfts- und Transitländern irregulärer Migration, pflegt durch gemeinsame Zentren und gemeinsame Streifen und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs an Flughäfen sowie durch Fahndung im 30-Kilometerbereich nicht nur den nationalen, sondern auch den europäischen Gedanken der Inneren Sicherheit. Integriertes Grenzmanagement wird bei all diesen Zielen und zur Wahrung der Integrität des Schengenraumes eine wesentliche Rolle spielen.

Aber was bleibt nun für die Innere Sicherheit?

Von einem hohen Sicherheitsbeamten ist zu vernehmen: „Sie kriegen die Polizei nicht kaputt gespart!“ Was er damit sagen will? Schon allein wegen ihrer Einstellung zum Beruf, der Motivation, etwas Gutes zu tun, werden die Kollegen immer alles versuchen, um ihre Aufgaben bestmöglich zu erfüllen.

Dennoch: Die Aufgaben werden nicht weniger, das Personal und die Ressourcen jedoch schon, und die Bundespolizei wird auch künftig national wie international gefordert sein.

Daher müssen Leitlinien existieren, die einen Handlungsrahmen vorgeben – nicht nur für das Sparen. Denn der Wert der Inneren Sicherheit ist mehr als nur fiskalisch zu betrachten.

Sandra Pfeifer
Illustration: Hagen Becker

Alle Namen der befragten Kollegen wurden anonymisiert.

Kommentar

Wohin des Wegs, Bundespolizisten?

Der Anlass des 60. Gründungsjubiläums der Bundespolizei war von Minister Friedrich gut gewählt. Seine zentrale Botschaft: Die Stärke der Bundespolizei liegt bei ihren Beschäftigten.

Monatelang lähmten die Vorschläge der Werthebach-Kommission praktisch alle notwendigen Arbeiten, die bekannten Defizite in der Bundespolizei und ihrer Reform abzuarbeiten. Stattdessen mussten Berge von Papier beschrieben werden, um die Kernvorschläge der Kommission, die Bundespolizei zur präventiven Wachpolizeitruppe zurechtzustutzen, zu entkräften. Diese Sorge scheint jetzt erst einmal abgewendet zu sein, wenn auch Einzelvorschläge weiter bearbeitet und geprüft werden. Bleibt die Frage, was nun? Die erste Evaluierung der Neuorganisation im vergangenen Jahr hatte eine ungute Grund-Stimmungslage in der Bundespolizei ergeben. Die vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene „Beerlage-Studie“ deutete dies schon zuvor an. Die Ursache: Defizite in der Aufstellung der Bundespolizei. Diese liegen auf der Hand und belasten die Beschäftigten. Sie müssen endlich abgearbeitet werden. Beispiele: Ein ODP, der in seiner Bewertung ungerecht ist und 2 Millionen Stunden mehr Arbeit ausweist, als wir überhaupt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Wir können nicht neue Aufgaben übernehmen und gleichzeitig Personal abbauen! Ein System „moderner“ Steuerung, das Selbstzweck geworden und sich von den Mitarbeitern und deren Bedürfnissen in der täglichen Arbeit oft völlig gelöst hat, zugleich vielfach Frust und Mehrbelastung schafft. Eine bisher unentrinnbare berufliche Sackgassensituation für viele Kolleginnen und Kollegen, vor allem bei den Beförderungsmöglichkeiten. Der Belastungsgrad in der Bundespolizei wird als extrem hoch eingeschätzt. Mehr als die Hälfte der Mitarbeiter empfinden sich stark reglementiert in ihrer Arbeit und fühlen sich durch ihre Vorgesetzten nicht respektvoll behandelt. Ein wachsender Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leidet unter Pendelei, Abordnungen und Vernachlässigung ihrer Familie.

Die Stärke der Bundespolizei liegt bei ihren Beschäftigten. Dem muss jetzt, in der Nach-Werthebach-Phase, viel stärker Rechnung getragen werden. Wer bisher Visionen, strategischen Zielen und Zielvereinbarungen nachhing, kommt nicht umhin, jetzt die Lage der eigenen Mitarbeiter stärker in den Mittelpunkt eigener Führungstätigkeit zu rücken. Das erwarten wir. Auf die eigene Stärke besinnen heißt, die eigenen Leute in den Mittelpunkt zu stellen. Endlich wieder.

Sven Hüber
Bundespolizeihauptpersonalrat
beim Bundesministerium des Innern

„Eine gute Politik der Inneren Sicherheit ist eine Politik, die nicht in den Schlagzeilen steht“

Antworten zur Inneren Sicherheit von Prof. Dr. Christoph Gusy

kompakt: Prof. Dr. Gusy, hat sich aus Ihrer Sicht der politische Wert der Inneren Sicherheit verändert?

Prof. Dr. Gusy: Der Stellenwert der „Inneren Sicherheit“ für die Politik ist ausgesprochen konjunkturabhängig. Sicherheit hat mit Freiheit gemeinsam: Man bemerkt beide nur, wenn und wo sie fehlen. Das heißt, Sicherheit wird politisch am ehesten als fehlend wahrgenommen; wo sie vorhanden ist, ist sie ein Nichtthema. Noch anders: Das Thema ist nicht die Sicherheit, sondern die Unsicherheit. Diese entsteht, wenn die Lage unsicher ist oder die Leute sich unsicher fühlen. Dies kann nach spektakulären Vorkommnissen wie beispielsweise Erdbeben oder Atomkatastrophen, nach Unglücken oder Berichten über spektakuläre Kriminalfälle der Fall sein.

Dann entsteht Interesse an den Themen der Sicherheitspolitik und an den Organen, die sie garantieren sollen, z.B. den Sicherheitsbehörden.

kompakt: Gibt es dabei aus Ihrer Sicht eine politische Konstante in der Innenpolitik?

Prof. Dr. Gusy: Innenpolitik zeichnet sich durch eine große programmatische Nähe namentlich der beiden großen Parteien zueinander aus. Da diese fast stets den Innenminister stellten, gibt es eine erhebliche politische Konstanz in der Innenpolitik, deutlich höher jedenfalls als in manchen anderen Politikbereichen. Neue alternative Akzente setzen eher die kleinen Parteien, deren Einfluss auf die Innenpolitik allerdings sehr begrenzt ist, am ehesten über das Justizministerium. Ich würde nicht von „der" politischen Konstante reden, wohl aber von mehreren konstanten Hauptlinien. Dazu zählen die Politik der Zentralisierung von Sicherheitsaufgaben, die fortschreitende Technisierung und Digitalisierung ihrer Wahrnehmung, das Bekenntnis zu weitgreifenden Eingriffsrechten der Polizei in die Rechte der Bürger zum Schutz mehr oder weniger wichtiger Belange der öffentlichen Sicherheit und zu einer starken, auch personalstarken Polizei.

kompakt: Welche strukturellen und politischen Veränderungen halten Sie unter polizeilichen Aspekten für geeignet, um dem Bürger in seiner Freiheit Sicherheit zu geben?

Prof. Dr. Gusy: Die Bundesrepublik verfügt gegenwärtig über ein relativ hohes Maß an Freiheit und Sicherheit. Dies zu sichern und zukunftstauglich zu machen, ist eine der zentralen Herausforderungen der neuen Diskussion. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Nur angstfreie Diskussionen können das rechte Maß an Freiheit und Sicherheit hervorbringen. Nicht immer braucht mehr Sicherheit weniger Freiheit, und nicht immer braucht eine neue Herausforderung neue Gesetze, Befugnisse und Behördenstrukturen. Wichtig sind klare Leitbilder und Vorstellungen hinsichtlich der Fragen,

- welches Maß an Sicherheit der Staat garantieren kann und soll: Dies kann nur relative Sicherheit sein.
- welche staatlichen Befugnisse und Freiheitsbeschränkungen hierzu wirklich nötig sind: Nicht jede neue Befugnis bringt mehr Sicherheit. Hier sind schlüssige Begründungen, Wirkungsanalysen und Evaluationen notwendig.
- wie eine verbesserte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden aussehen kann: Hier sollten Kompetenzen optimiert und netzförmig ausgeübt werden. Behörden- und Ressortegoismen sind kontraproduktiv.
- einer klaren Trennung von ziviler und militärischer Sicherheitsgewährleistung: Zivile Aufgaben gehören in zivile Hände, auch im Ausland.
- einer klaren Verantwortungsteilung im Mehrebenensystem: Was sind, wenn die Grenzkontrollen weggefallen sind, die Aufgaben von Zoll und Bundespolizei, wo können sie andere unterstützen, wo weniger? Hier sind wir wieder bei den Leitbildern.

kompakt: Nach dem Abflauen der Terrorangst gewinnt man den Eindruck, dass Innere Sicherheit nicht wirklich eine Rolle spielt, es gilt der Grundsatz: Hauptsache, es passiert nichts! Wie ist Ihr Eindruck?

Prof. Dr. Gusy: Aus der Sicht der Politik gilt: Eine gute Politik der Inneren Sicherheit ist eine Politik, die nicht in den Schlagzeilen steht. Wenn sie in die Schlagzeilen kommt, ist irgendetwas schiefgelaufen. Gerade im viel zitierten „Präventionsstaat" gilt: Wenn man Kriminalität wirksam verhindern will, ist alles gut, wenn nichts geschieht. Dies zu ermöglichen, ist eine wichtige Aufgabe der Polizei, die darüber reden und nicht schweigen sollte.

Auf das Sicherheitsgefühl der Bürger wirkt sich Ruhe aus, wenn man den Eindruck hat, dass Wichtiges verschwiegen wird. Je höher das individuelle Kenntnisniveau ist, desto höher ist – tendenziell – das allgemeine Sicherheitsgefühl.

Die Motivation der Polizeibeamten hierauf auszurichten, ist eine wichtige Aufgabe einer verantwortungsvollen Personalführung. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass es nicht einfach ist, 100 Polizeibeamte zum weit entfernten Ort einer Demonstration oder eines Fußballspiels zu fahren, dort stundenlang auf einen möglichen Einsatz warten zu lassen und sie dann spät wieder zurückzufahren … – ohne Einsatz. Aber manchmal ist das der Job der Polizei.

Das Gespräch führte Sandra Pfeifer.

Prof. Dr. Gusy

Professor Dr. Christoph Gusy ist seit 1993 Universitätsprofessor in Bielefeld.
Er ist studierter Jurist. Seit 2006 ist er unter anderem als stellvertretendes Mitglied am Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen tätig und seit 2008 Mitglied des Lenkungskreises Fachdialog Sicherheitsforschung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung.
Forschungsschwerpunkte seines Lehrstuhls sind die neuere Verfassungsgeschichte, Verfassungsrecht, insbesondere die Grundrechte, Polizei- und Sicherheitsrecht sowie Migrations- und Integrationsrecht.

Wie geht es weiter, Herr Minister?

Interview mit Bundesminister des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich

Dr. Friedrich beim Festakt 60. Jahre B

kompakt: Herr Minister, im März musste wegen des Wechsels von Thomas de Maizière zum Verteidigungsministerium schnell ein neuer Innenminister gefunden werden. Wie überrascht waren Sie über die Anfrage, ob Sie das Amt übernehmen wollen?

Dr. Friedrich: Gibt es eine Steigerungsform von „Überraschtsein“? Ganz ehrlich: Ich hätte im Februar auch nicht gedacht, dass ich Ihnen jetzt dieses Interview geben würde.

kompakt: Sie sind der dritte Bundesinnenminister innerhalb kürzester Zeit. Kann man da noch von einer konstanten Innenpolitik sprechen?

Dr. Friedrich: Selbstverständlich! Politik orientiert sich an Grundsätzen und Inhalten, und ich sehe mich da in hoher Übereinstimmung mit meinen beiden Amtsvorgängern Wolfgang Schäuble und Thomas de Maizière. Wir teilen viele Grundüberzeugungen, bei allen Unterschieden im Detail, deshalb dürfen Sie von einer Kontinuität in Fragen der Innenpolitik ausgehen.

kompakt: In Sachen Werthebach-Bericht scheinen Sie jedoch anderer Auffassung als Ihr Vorgänger zu sein. Wie geht es nun weiter, was wird konkret passieren?

Dr. Friedrich: Ich habe mir sehr schnell nach meiner Amtsübernahme den Bericht der Werthebach-Kommission angeschaut und mir dabei überlegt: Wo könnte es Synergien geben, welche Funktionen hat das BKA, welche hat die Bundespolizei, wo gibt es Überschneidungen? Mir war wichtig, den Beschäftigten beider Polizeien des Bundes möglichst früh zu signalisieren, dass es keine Verschmelzung ihrer Behörden geben wird, ich aber zugleich den Reformbedarf anerkenne. Eine stärkere gemeinsame Aufgabenwahrnehmung zwischen Bundespolizei und BKA ist insbesondere im Bereich Kommunikation/Informationstechnik oder bei der Ausbildung sinnvoll. Insgesamt hat die Werthebach-Kommission viele Punkte mit Verbesserungsvorschlägen vorgelegt. Die meisten dieser Punkte werden wir umsetzen. Einige Fragen sind allerdings noch offen. Da brauche ich noch das eine oder andere Gespräch.

kompakt: Welche Erwartungshaltung haben Sie gegenüber der Bundespolizei und worauf können wir bei Ihnen zählen?

Dr. Friedrich: Ich weiß um die Herausforderungen Ihrer täglichen Arbeit: Randalierende Fußballfans, der Einsatz auf großen Bahnhöfen, auf denen die Großstadt nachts ihre unschöne Seite zeigt, Bewachung von Castor-Transporten – all diese Aufgaben erfüllen Sie jeden Tag mit viel Herz, Verstand und Mut.
Beim Festakt zum 60. Jubiläum habe ich die Bundespolizei als national wie international verlässlichen Partner gewürdigt. Ihre Stärke liegt nicht nur in den Ausrüstungen, sondern vor allem bei den Menschen. Sie, die Beschäftigten, sind die Kraft und die wahre Stärke der Bundespolizei. Und auch wenn die Entwicklung in den letzten 60 Jahren turbulent war, abgeschlossen ist sie damit noch

undespolizei in Berlin mit Bundespolizisten aus Lübeck

nicht. Aber alles, was umzusetzen ist, möchte ich mit den Beschäftigten zusammen anpacken.

kompakt: Auch bei der Bundespolizei muss künftig noch mehr gespart werden. Welche Auswirkungen ergeben sich hieraus für die Innere Sicherheit in unserem Land und welchen Einfluss wird dieser Sparkurs auf den Nachwuchs und die Gesamtstärke der Bundespolizei der Zukunft haben?

Dr. Friedrich: In der Tat müssen alle Bereiche der Bundesverwaltung ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Das betrifft die Bundespolizei ebenso wie alle anderen Sicherheitsbehörden. Neu ist, dass wir auch im Vollzugsbereich Planstellen einsparen müssen. Dabei verlangt die Einbeziehung von Sicherheitsbehörden in Sparanstrengungen besonderes Augenmaß – sowohl vom Haushaltsgesetzgeber als auch bei der Umsetzung der Einsparvorgaben. Bei dieser Umsetzung ist es unsere Aufgabe, intelligent zu sparen. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Herausforderung für die Innere Sicherheit unseres Landes gemeinsam meistern werden.

kompakt: Herr Minister, Sie haben Ihre Wurzeln im Freistaat Bayern – wie stark wird dies Ihre „bundes"polizeiliche Arbeit beeinflussen?

Dr. Friedrich: Ich bin voller Überzeugung ein Bundespolitiker, der seine Kraft aus seiner bayerischen Heimat schöpft. Die bayerische Heimat im Herzen und das deutsche Vaterland immer im Blick – ich denke, das ist keine schlechte Basis. Und wenn ich die Erfolge bayerischer Innenpolitik betrachte, so muss ich feststellen, dass sie auf Grundsätzen und Überzeugungen beruht, die auch auf Bundesebene eine Berechtigung haben. Ich bin Bundesinnenminister für ganz Deutschland und mir damit meiner Verantwortung auch für alle Angehörigen der Bundespolizei sehr wohl bewusst – darauf können Sie sich verlassen.

kompakt: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Sandra Pfeifer.

Jetzt heißt es: einen klaren Kopf bewahren

Es ist Samstagnachmittag. Schichtbeginn auf dem Bahnhof Magdeburg. Alles sieht nach einem Routineeinsatz aus: Überwachung der Durchreise von Dortmunder Fußballfans zum Spiel VfL Wolfsburg – Borussia Dortmund in Wolfsburg. Für meine Kollegen und mich, Angehörige der 4. Dienstgruppe der Bundespolizeiinspektion Magdeburg, war der „normale“ Fußballspuk gegen 22 Uhr vorbei.

Jetzt noch schnell zurück ins Revier nach Halberstadt, den Einsatz nachbereiten und dann endlich: Feierabend! Zusammen mit fünf Kollegen mache ich mich auf den Weg nach Halberstadt, die Fahrzeit beträgt üblicherweise eine Stunde. Doch mitten in der Fahrt erreicht uns plötzlich ein neuer Auftrag: „Sie verlegen sofort – unter Inanspruchnahme der Sonder- und Wegerechte – nach Hordorf!“ Die einzige Zusatzinformation: ein Bahnbetriebsunfall. Über die Zahl der Verletzten und mögliche Todesopfer war noch nichts bekannt. Von jetzt an war es eine Fahrt ins Ungewisse. Etwa eine halbe Stunde war seit dem Unfall vergangen. Wir versuchten, uns auf das Schlimmste einzustellen. Dann erreichten wir Hordorf. Die Unfallstelle befand sich etwa 50 Meter hinter dem Bahnsteig – eine einzige Trümmerwüste. Ein Harz-Elbe-Express liegt auf der Seite. Der Anblick ist schockierend: Der halbe Zug liegt wie aufgesprengt neben einem Güterzug. Die Kollegen der Nachtschicht sind bereits vor Ort. Rettungskräfte und weitere Helfer treffen ein. Es sind 10 Grad Minus, es ist neblig und dunkel, sodass man noch keine Details sieht. Dann werden die ersten Scheinwerfer aufgebaut. Als das Licht angeht, wird das ganze schreckliche Ausmaß der Katastrophe sichtbar.

Großflächig verteilt liegen Metallteile und Glassplitter. Dazwischen: Verletzte und Tote – oder auch nur Leichenteile. Dieselgeruch liegt über der gespenstischen Szene. Jetzt heißt es: einen klaren Kopf bewahren. Doch das ist nur schwer möglich: Viele der im umgekippten Zug und im Trümmerfeld liegenden Überlebenden schreien oder wim-

mern vor Angst und Schmerzen. Alle müssen schnellstmöglich geborgen und in umliegende Kliniken gebracht werden. Mittlerweile eilen auch Anwohner mit Leitern zur Hilfe.

Nach und nach kommen immer mehr Einsatzkräfte. Hand in Hand arbeiten wir mit der Landespolizei, der Feuerwehr, Rettungsdiensten und dem THW zusammen. Alle geben ihr Bestes. Niemand denkt daran, eine Pause zu machen.

Und schon bald folgen die ersten Reporter – unter ihnen sogar Vertreter des chinesischen Fernsehens. Überall sind jetzt Kameras und Mikrofone zu sehen – die Jagd auf die „besten" Bilder und neuesten Informationen hat begonnen.

Schnell machen Gerüchte die Runde: Der Lokführer des Güterzuges soll sich noch in der zweiten Lok befinden. Unter den Toten sollen sich überwiegend Jugendliche befinden, die auf dem Weg in eine Disco waren.

Die Kriminalpolizei versucht die Toten zu identifizieren, und wir kümmern uns um die Absperrung. Wir alle sind so sehr mit unseren Aufgaben befasst, dass niemand an den Feierabend, einen heißen Kaffee oder Ähnliches denkt.

Gegen 3:30 Uhr trifft Pfarrer Schulze aus Pirna am Unglücksort an. Er spricht mit den Einsatzkräften über ihre Eindrücke.

Präsident Seeger ist direkt am Unfallort

Schließlich werden wir durch Kollegen der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Halle und der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit abgelöst und können den Heimweg antreten. Unterwegs kommt mir in den Sinn, dass auch ich schon einige Male mit dem Harz-Elbe-Express gefahren bin.

Bei Dienstbeginn am nächsten Morgen bin ich überrascht, dass bereits Kollegen des Sozialwissenschaftlichen Dienstes da sind. Schön, dass die Inspektionsleitung sehr schnell erkannt hatte, dass man uns mit diesen Erlebnissen, Eindrücken und Bildern im Kopf nicht allein lassen konnte. Am meisten half mir jedoch ein extra für uns und die Kollegen der Landespolizei angebotenes Seminar im Kloster Huysburg.

Das Unfassbare in Zahlen: 10 Tote und 23 zum Teil schwerstverletzte Personen.

Bianca Etzold, Lars Manske

Bundespolizei, Landespolizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und THW arbeiten Hand in Hand an der Unfallstelle

Flaggenkunde für Landratten

Vorbereitung auf „maritime Grenzkontrollen“ in Bremen und Bremerhaven

„Stromkaje“ in Bremerhaven

Von hoher See kommend schiebt sich der Bug des Containerschiffes langsam durch den dichten Nebel auf die Kaimauer des Container-Terminals zu, die sogenannte Stromkaje. Fünf Männer stehen bereit, um das Schiff festzumachen.

Diese Szene könnte ohne Weiteres aus einem Hitchcock- oder Mafiafilm stammen. Die fünf Männer sind jedoch weder Schauspieler noch Mitglieder der Cosa Nostra. Es gibt auch keinen Regisseur, der ihnen Anweisungen zuruft. Wir befinden uns tatsächlich in Bremerhaven, wo es häufig Nebel gibt. Und vor allem viele Schiffe. Zwei der Männer tragen am linken Oberarm das Landeswappen von Bremen und wir übrigen den Bundesadler.

Nach dem Verwaltungsabkommen zwischen dem BMI und dem Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen über die Wahrnehmung der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs in den Seehäfen Bremen und Bremerhaven vom Juli 1973 wollen die Beamten der Wasserschutzpolizei Bremen an diesem nebligen Tag im Januar 2011 an Bord des einlaufenden Schiffes eine Einreisekontrolle durchführen.

Der Leser dürfte sich an dieser Stelle allerdings fragen: Wenn das Land Bremen den Grenzschutz selber organisiert, was machen dann drei Bundespolizisten im Seehafen?

Das Land Bremen hat mit Schreiben vom 24. September 2010 das oben genannte Verwaltungsabkommen mit dem Bund gekündigt. Damit wird die Bundespolizei und nicht mehr die Wasserschutzpolizei Bremen ab dem 1. Januar 2012 für die Wahrnehmung der Aufgabe „Grenzschutz“ in den Seehäfen Bremen und Bremerhaven verantwortlich sein. Derzeit bereitet eine Projektgruppe in der Bundespolizeidirektion Hannover die Aufgabenübernahme vor.

Kehren wir aber zurück in den Nebel an der Stromkaje von Bremerhaven. Dort warten wir als Mitglieder des Projektteams zusammen mit den Kollegen der Wasserschutzpolizei darauf, dass die Gangway angebracht und gesichert wird. Wir hospitieren bei der Wasserschutzpolizei, um einen Überblick über die maritimen Besonderheiten in den Seehäfen Bremen und Bremerhaven im Zusammenhang mit der grenzpolizeilichen Kontrolle zu erhalten. Ich muss gestehen, dass ich bei der Berufung ins Projektteam anfänglich gedacht hatte: „Wozu denn überhaupt eine Hospitation? Grenzschutz können wir doch!“ Doch uns wurde schnell klar, dass sich eine Schiffskontrolle erheblich von einer Kontrolle an einem Flughafen oder an einem Landübergang unterscheidet. Außerdem ist das notwendige maritime und hafenspezifische Wissen umfangreicher, als zunächst vermutet. Ein Beispiel: Noch bevor wir an Bord des Schiffes gehen, um „Grenzschutz zu machen“, bekommen wir von den Bremer Kollegen eine kurze „Flaggenkunde“. Flaggenkunde??? Ich will Pässe sehen! Aber die fachkundige Erläuterung des Kollegen von der Wasserschutzpolizei überzeugt mich sofort.

Schiffe bedienen sich zur Übermittlung wichtiger Informationen unter anderem des Internationalen

Signalbuchs. Dieses definiert die Bedeutung von Buchstabenkürzeln für Sicherheits- und Navigationszwecke. Die Kombinationen von Flaggen mit Buchstaben und Farben erschließen sich „Landratten“ nicht auf Anhieb. Eine Vielzahl von Signalflaggen kann nicht nur einzeln gesetzt werden, sondern auch in Kombinationsfolgen. Dabei werden die Flaggen von oben nach unten gelesen. An dem einlaufenden Schiff ist z.B. die rote Flagge deutlich zu sehen. Es könnte also Gefahrgut transportieren. Das hat zur Folge, dass nur explosionsgeschützte Funkgeräte bei der Grenzkontrolle zum Einsatz kommen dürfen. Langsam wird uns klar, welche Herausforderungen in der „einfachen“ Grenzabfertigung in einem Seehafen stecken.

Nach dieser ersten Einweisung in die geheimnisvolle Welt der Flaggensignale werden wir mit den sportlichen Anteilen der Grenzkontrolle konfrontiert.

Die Gangway will erklommen werden, doch sie „wehrt sich“ mit maritimen Kräften. Die Planke bewegt sich im Rhythmus des Schiffes vor und zurück. Ohne den Hinweis eines Kollegen, auf unsere Füße zu achten, wären wir vielleicht bereits an dieser Stelle ein Unfallopfer geworden. Es wird klar, warum hier das Tragen von Sicherheitsschuhen Vorschrift ist. Jetzt sind wir endlich an Bord und können mit der Grenzkontrolle beginnen. Wir melden uns bei der Schiffswache an und tragen uns ins „Visitorsbook“ ein. Danach geht es durch ein Labyrinth von endlosen Gängen steile Treppen hinauf, bis wir endlich die Brücke „entern“. Endlich Grenzschutz! Die Kollegen der Wasserschutzpolizei sprechen mit dem „Crew Chief“. Auch der Kapitän betritt die Brücke. Papiere werden ausgehändigt, Pässe überprüft, Einreisestempel angebracht, Passierscheine erteilt. Eine Grenzkontrolle, wie sie eigentlich jeder Bundespolizist kennt. Die Kommunikation während der Kontrolle erfolgt ausschließlich in englischer Sprache. Die notwendigen polizeilichen Vokabeln müssen also aus dem Effeff beherrscht werden. Wichtig ist auch die Fähigkeit, ein wenig Small Talk mit dem Kapitän oder der Mannschaft zu halten.

Nach der Kontrolle geht’s zurück zum Fahrzeug und weiter zur nächsten Kontrolle in einen anderen Teil der weitverzweigten Hafenanlage. Wir können das riesige Autotransportschiff bereits sehen, aber durch die Verkehrsführung mit hohem Schwerlastverkehr sowie Lade- und Löschbetrieb benötigen wir für die wenigen Kilometer fast 20 Minuten Fahrtzeit. Weitere Verzögerungen ergeben sich wegen der zahlreichen „Van-Carrier“, der Portalhubwagen für den Umschlag der ISO-Container; diese rollenden Ungetüme haben grundsätzlich Vorfahrt.

Das nächste zu kontrollierende Schiff dient ausschließlich dem Fahrzeugtransport. Es kann bei ca. 300 m Länge in 13 Decks ca. 8 500 Fahrzeuge aufnehmen. Ein schwimmendes Parkhaus! Der Weg zur Brücke führt wieder durch Gänge und einen engen Aufzug und dauert fast 15 Minuten.

Erneute Kontrolle einer Besatzung im Beisein des Kapitäns in englischer Sprache. Die Kontrolle von 22 Seeleuten an Bord der Autofähre dauerte ohne An- und Abreise ca. 60 Minuten! Das hätten wir nicht erwartet. Wir verlassen den Hafenbereich Nord mit dem großen Container-Terminal und der längsten Stromkaje der Welt und lassen uns abschließend alle möglichen Kontrollpositionen im Bereich des übrigen Hafens zeigen: Alter Hafen, Neuer Hafen, Kaiserhafen Nr. 1, 2, 3, Vorhafen, diverse Werftbetriebe mit Docks, Ost- und Nordhafen sowie das Kreuzfahrerterminal. Dann bekommen wir – mittlerweile leicht desorientiert – noch eine Einweisung in den Hafenbereich Süd mit dem Fischereihafen, dem Labradorhafen, dem Luneorthafen, dem Werfthafen, dem Handelshafen und dem Jachthafen, an dem ebenfalls Grenzkontrollen durchgeführt werden müssen … Schließlich können auch Hochseejachten unsere maritimen Schengenaußengrenzen überqueren. Um hier den Überblick nicht zu verlieren, bedarf es entsprechender Ortskenntnisse in den Häfen.

Diese Kenntnisse sollen ab dem 1. Juli 2011 durch eine gemeinsame „Dienstverrichtung“ von Wasserschutzpolizei und Bundespolizei und durch eine weitere Unterweisung in die bisherigen Kontrollmodalitäten vertieft werden. Bis zur endgültigen Aufgabenübernahme gibt es noch viel zu tun.

Ralf Kahl und Jan Steenfaat auf dem Weg zur Passkontrolle

Jan Steenfatt, Lars Beyer

Aufzug „Rechts“. 300 schwarz gekleidete, aggressive und gewaltsuchende Personen führten den Demonstrationszug an.

Dresden – Lubmin – Dresden – ein wahrer Einsatzmarathon

Wie in jedem Jahr bedeutet der Jahrestag der Bombardierung der Stadt Dresden einen festen Eintrag im Einsatzkalender der Bundespolizeidirektion Pirna. Für den 13. und 19. Februar 2011 waren zahlreiche Gedenkveranstaltungen und Kundgebungen geplant. Neben vielen anderen Einsatzkräften sollten auch wir, ein Alarmzug mit insgesamt 35 Kollegen der Bundespolizeiinspektion Ebersbach, die Einsätze rund um den 66. Jahrestag unterstützen. Aus den Einsätzen vergangener Jahre wussten wir, dass uns anstrengende Tage bevorstanden.

Besonders problematisch in diesem Jahr: Am 13. Februar waren wir bei den Aufmärschen von Neonazis und Gegendemonstranten eingesetzt, kurz darauf ging es weiter zum Castoreinsatz nach Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern). Ein wahrer „Einsatzmarathon“ also! Bis Donnerstag waren wir dann dort im Streckenschutz eingesetzt. Und am Samstag, den 19. Februar hieß es dann wieder: Einsatz in Dresden.

Wir sollten die Bahnstrecke Leipzig – Dresden vor möglichen Angriffen schützen. Da es im vergangenen Jahr massive Gleisblockaden gegeben hatte, um die Anreise rechter Versammlungsteilnehmer zu verhindern, wurde der Streckenschutz erstmals ins Einsatzkonzept mit aufgenommen.

Als Schwerpunkt unseres Einsatzabschnittes kristallisierte sich der Bereich des Bischofsplatzes in der Dresdner Neustadt heraus, der unmittelbar vor der Einfahrt in den Bahnhof Dresden-Neustadt und somit im Kernbereich des linken Szeneviertels liegt.

In unserem Bereich blieb es während der gesamten Einsatzzeit ruhig. Da aber nicht feststand, ob wir eventuell an anderer Stelle noch einmal würden unterstützen müssen, warteten wir im Bahnhof Dresden-Neustadt auf weitere Anweisungen. Um uns auf dem Laufenden zu halten, nutzten wir die Funkkanäle, die uns ein Bild von den Geschehnissen in der Stadt lieferten. Alle Kollegen saßen wie gebannt an den Funkgeräten und hörten die Gespräche mit teilweise betretenen Mienen mit.

Was wir hier hören mussten, hatten wohl die wenigsten bisher „live“ miterlebt; Funksprüche wie „Wir brauchen dringend Unterstützung, sonst werden wir überrannt“ oder „Wir benötigen Wasserwerfereinsatz“ spielen in unserem normalen Polizeialltag glücklicherweise keine Rolle. Erschreckend war, dass diese Funksprüche aus dem gesamten Stadtgebiet zu hören waren.

In den Gesichtern einiger Kollegen sah ich enorme Anspannung, da wir angesichts dieser Lage davon ausgehen mussten, jeden Moment wieder in den Einsatz geschickt zu werden. Da unser polizeilicher Alltag aber ein

ganz anderer ist, bin ich mir nicht sicher, ob unsere Einsatzerfahrungen ausgereicht hätten, einen solchen Einsatz zu bewältigen. Trotzdem hatte ich das Bedürfnis, unsere Kollegen zu unterstützen; und ich glaube, dass es zumindest den meisten Kollegen aus meinem Team ebenso ging.

Über Funk verfolgten wir auch einen Einsatz der Beweis- und Festnahmehundertschaft der Abteilung Blumberg. Die Kollegen sollten zum S-Bahnhof Dresden-Plauen fahren, da sich dort rund 1 400 rechte Demonstranten versammelt hatten. Noch bevor die Kollegen am Bahnhof angekommen waren, trafen sie auf erste Demonstranten: 300 schwarz gekleidete, aggressive und gewaltsuchende Personen führten den Demonstrationszug an. Da sich in der Nähe linke Demonstrationsteilnehmer befanden, musste ein Zusammentreffen beider Gruppen unbedingt verhindert werden. Der Aufzug näherte sich den Einsatzkräften bis auf 20 Meter. Dann flogen große Steinbrocken und Feuerwerkskörper. Es schien, als wollten sich die Demonstranten den von den Polizeikräften versperrten Weg mit allen Mitteln freimachen.

Damit war die Sache aber noch nicht beendet. Der Großteil der Gruppe formierte sich neu und wollte die Absperrung wieder durchbrechen. Doch die Einsatzkräfte konnten die Stellung bis zum Eintreffen von Verstärkungskräften der Landespolizei halten. Durch die günstigen örtlichen Gegebenheiten und dank eines geschickten taktischen Schachzuges konnte der Aufzug eingeschlossen und gestoppt werden. Viele Polizeikräfte waren während des Einsatzes mit Holzstöcken angegriffen worden.

Am Nachmittag folgte dann noch ein weiterer Angriff auf Polizeikräfte: 250 linke Demonstranten griffen einen Konvoi von acht Fahrzeugen der Bundespolizei an. Ein Kollege aus der Inspektion Klingenthal wurde dabei durch Glassplitter verletzt. Als ich ein paar Tage später mit ihm telefonierte, waren seine Erinnerungen noch so frisch, dass er angesichts dieser extremen Gewalt noch immer sehr betroffen wirkte.

„Plötzlich flogen Steine auf mein Fahrzeug“, sagte er. „Zuerst haben sie das Fahrzeug hinten mit Steinen beworfen, und dann krachte ein Stein durch die Seitenscheibe und verfehlte meinen Kopf nur um wenige Zentimeter. Ich war geschockt, bin aber in diesem Moment einfach weitergefahren, sodass wir erst mal aus diesem Bereich herauskamen.“

Der Aufzug näherte sich den Blumberger Einsatzkräften bis auf 20 Meter. Dann flogen große Steinbrocken und Feuerwerkskörper.

Obwohl die Blumberger Kollegen den Demonstranten zahlenmäßig mehr als unterlegen waren, konnten sie den Aufzug stoppen. 24 Personen wurden festgenommen. Der Vorwurf: Verdacht des schweren Landfriedensbruches.

Obwohl ich schon bei einigen Castor- und Fußballeinsätzen dabei war, war das für mich der bisher „heißeste“ Einsatz. Auch wenn wir mit unserem Alarmzug nicht unmittelbar an den Ereignissen beteiligt waren und viele Informationen nur über Funk erhalten haben – zumindest gedanklich waren wir bei unseren Kollegen!

Erst nach dem Einsatz erfuhr ich, dass insgesamt 80 Kollegen beim Einsatz in Dresden verletzt worden waren. Ich war geschockt!

Enrico Awe

[redacted], *BFE-Führer, Bundespolizeiabteilung Blumberg*

„Der gesamte Einsatztag war geprägt von einer hohen Gewaltbereitschaft und von einem hohen Organisationsgrad der verschiedenen Störergruppen. Beim Zusammentreffen mit einem Aufzug des rechten Spektrums wurden wir mit einer Härte und Entschlossenheit konfrontiert, die wir in dieser Form bei rechten Gewalttätern noch nicht erlebt hatten. Die mitgeführten Gegenstände, Waffen und Schutzbewaffnung sind Anzeichen für eine bedenkliche Aufrüstung in diesen Kreisen. Das Verletzungsrisiko für die eingesetzten Beamten war an diesem Tag besonders hoch.“

La Police Grand-Ducale Luxembourg

Die Großherzogliche Polizei Luxemburgs

Das letzte Großherzogtum der Welt, Luxemburg, ist mit einer Fläche von 2 586 km² nach Malta der zweitkleinste Staat innerhalb der EU.

Mit einer Länge von 138 km grenzt es an die Bundesrepublik Deutschland, genauer gesagt an die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland. Die Landessprachen sind Luxemburgisch, Französisch, Deutsch und teilweise Englisch, wobei die Amtssprachen Französisch und Deutsch sind. Wer selbst schon einmal in Luxemburg gewesen ist, weiß um dessen Attraktivität. So kann das Großherzogtum als begehrtes Nachbarland täglich ca. 140 000 Grenzgänger verzeichnen. Prozentual gesehen bilden diese Zahl 53% französische, 30% belgische sowie 27% deutsche Staatsbürger. Wichtige europäische Institutionen wie der Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof oder auch die Europäische Investitionsbank haben ihren Sitz in Luxemburg, sodass hier etwa 8 000 internationale Beamte beschäftigt sind.

Von der Gendarmerie zur Police Grand-Ducale

Einst gab es im Großherzogtum Luxemburg die Gendarmerie, die 1797 unter der damaligen französischen Herrschaft aufgestellt wurde.

Gendarmerie bedeutet aus dem französischen „gens d'armes" übersetzt „Leute der Waffen", umgangssprachlich „die Bewaffneten".

Aus dieser militärischen Gendarmerie entstand 1945 die Gendarmerie Grand-Ducale mit einer nationalen Kompetenz.

Neben der Gendarmerie gab es ab 1800 eine Kommunalpolizei, die sich über verschiedene Reformen ab 1989 von einer Verwaltungspolizei zu einer Kriminalpolizei entwickelte.

Gemeinsame Erfahrungen im Laufe der Jahrzehnte trugen dazu bei, dass am 1. Januar 2000 die Gendarmerie Grand-Ducale und die Luxemburger Polizei nach einem Reformbeschluss und einem neuen Gesetz zur Police Grand-Ducale vereinigt wurden.

Die Police Grand-Ducale hat einen polizeilichen Personalbestand von 1 664 Beamten, der in eine untere, mittlere und höhere Laufbahn gegliedert ist. Zum zivilen Personal gehören 207 Personen. Darüber hinaus befinden sich zurzeit 107 Polizeischüler in der Ausbildung, sodass insgesamt 1 968 Mitarbeiter zu verzeichnen sind.

Die Police Grand-Ducale untersteht dem luxemburgischen Innenminister und ist in eine Generaldirektion mit sechs zentralen Einheiten sowie sechs regionalen Direktionen gegliedert.

Statistisch weisen die Regionen Luxemburg-Stadt als Metropole sowie Esch die höchsten Kriminalitätsraten des Landes auf.

Die Generalinspektion, mit Sitz in Luxemburg-Stadt, kontrolliert als Aufsichtsbehörde den Ablauf des polizeilichen Wirkens und überprüft die allgemeine Rechtslage. Darüber hinaus ist sie das Beratungsorgan des Ministers der Justiz und führt, falls notwendig, auch Ermittlungen gegen Polizeibeamte im Dienst.

Die Flughafenpolizei und der „Airport-Spirit“

Jährlich nutzen etwa 1.7 Millionen Passagiere bei 91 000 Flugbewegungen den Flughafen Luxemburg als Abflug- oder Ankunftsort.

Klein und überschaubar, bestehend aus den Terminals A, GAT und VIP, vermittelt der Flughafen durch ein gut organisiertes Polizeigefüge ein Gefühl der Sicherheit. Ein weiterer Terminal (B) ist bereits in der Bauphase und soll voraussichtlich 2012 eröffnet werden.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde für den Flughafen Luxemburg die Polizei neu strukturiert und das Personal insgesamt von 25 auf mehr als 60 Beamte aufgestockt.

Die Flughafenpolizei, die „Unité Centrale de Police à l’Aéroport“, gliedert sich in eine Direktion mit einem Sekretariat und zwei operativen Abteilungen, der SGA (Service de Garde à l’Aéroport) und der SCA (Service de Contrôle à l’Aéroport).

Die SGA ist für die Sicherheit des gesamten Flughafengeländes zuständig. Hierzu zählen die Zugangskontrollen an den einzelnen Kontrollpunkten, alle Maßnahmen der Luftsicherheit sowie die Sicherheit der Staatsgäste bei Staatsbesuchen.

Da Luxemburg neben Brüssel und Straßburg als einer der drei Regierungssitze der Europäischen Union gilt, herrscht hier besonders in den Monaten April, Juni und Oktober, wenn der Europäische Rat tagt, Hochbetrieb.

Der Bereich SCA, der dem Außen- und Immigrationsministerium untersteht, besetzt die Grenzkontroll-

schalter und ist insbesondere für die Kontrolle der Reisedokumente von Passagieren im „Non-Schengen-Verkehr“ sowie für die Erteilung von Ausnahmevisa zuständig.

Die besondere Kollegialität und das „Zusammenleben“ der Mitarbeiter in allen Bereichen verleihen dem Flughafen Luxemburg seinen ganz besonderen Flair – einen gewissen „Airport-Spirit“.

Das Gemeinsame Zentrum (GZPZ)

Das „Gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit“ mit Sitz in Luxemburg-Stadt wurde am 25. Februar 2003 offiziell in Betrieb genommen.

Die Bundeszollverwaltung beteiligte sich erst zu einem späteren Zeitpunkt, und zwar im Anschluss an das „Quattrolaterale Abkommen“ im Oktober 2008, an dem Betrieb des Gemeinsamen Zentrums. Obwohl sich im Gemeinsamen Zentrum Luxemburg vier Nationen mit dem polizeilichen Informationsaustausch befassen, ist es mit lediglich 36 Beamten – darunter 8 Deutsche und davon wiederum 3 Angehörige der Bundespolizei – das kleinste der Gemeinsamen Zentren mit deutscher Beteiligung. Die Vertreter der Polizeibehörden aus den vier beteiligten Staaten – Frankreich, Belgien, Luxemburg, Deutschland – sind in einem Gebäude zusammengefasst, um so die Effizienz der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung zu steigern.

Darüber hinaus soll durch die bestehenden Kontakte die Koordinierung der grenzüberschreitenden präventiven und repressiven Polizeiarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet erleichtert werden.

Februar 2011: Gesetz zum Gemeinsamen Zentrum Luxemburg ratifiziert

Nach Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) wurden von der Bundesrepublik Deutschland ab 1995 mit allen benachbarten Staaten ergänzende binationale Verträge zur Zusammenarbeit im Grenzgebiet abgeschlossen. Ein Zusammenschluss von vier Staaten in einem Gemeinsamen Zentrum für polizeiliche Zusammenarbeit erforderte jedoch ein besonderes Vertragswerk. Die vier beteiligten Staaten – Frankreich, Belgien, Luxemburg, Deutschland – unterzeichneten daher 2008 ein gemeinsames Abkommen für die Einrichtung und den Betrieb des Gemeinsamen Zentrums in Luxemburg. Dieses Abkommen wurde am 8. Februar nach der Ratifizierung im Bundestag im Bundesanzeiger veröffentlicht. Somit ist das Gemeinsame Zentrum Luxemburg die erste Einrichtung dieser Art mit deutscher Beteiligung, die auf der Grundlage eines speziellen Gesetzes arbeitet.

Anika Manthey

POLICE
POLICE
A 7420

Polizisten essen gerne Kuchen?

Es ist unbestritten, dass die Bundespolizei vielfältige und interessante Aufgaben zu bewältigen hat. Dies tut sie äußerst engagiert und professionell, und zwar sowohl in Deutschland als auch im Ausland. Daher ist es nicht verwunderlich, dass zahlreiche internationale Delegationen häufig zu Gast in den Dienststellen der Bundespolizei sind. Sie informieren sich über unsere Aufgaben, die Organisation und unsere Leistungsfähigkeit. Manchmal drängt sich in den häufiger besuchten Dienststellen aber bei einigen Kollegen das Gefühl auf, dass die Dienststellen aufgrund ihrer besonderen Lage als Ausgangspunkt für Sightseeing- und Shoppingtouren missbraucht werden. Der gegenseitige Informationsaustausch diene nur als Mittel zum Zweck oder erfolge deswegen, weil der Delegationsleiter schlicht und einfach gute Kontakte zur Bundespolizei hat.

Weil wir uns aber – zu Recht – als serviceorientiert und bürgerfreundlich verstehen, führen wir diese sogenannten „Serviceprogramme mit dienstlichem Touch“ natürlich trotzdem gerne durch. In aller Regel werden Programme und Betreuungsmaßnahmen denn auch mit einem freundlichen Dankschreiben gewürdigt.

In einigen Dienststellen – so z.B. auf dem Frankfurter Flughafen – werden aber auch Besuchergruppen ganz anderer Couleur in die Aufgabenbereiche eingewiesen. Neben Jurastudenten und Reservistenkameradschaften erhalten hin und wieder auch Schulklassen oder sogar – in Ausnahmefällen – Kindergartengruppen einen Einblick in unsere Aufgaben. Mit der Nachwuchswerbung kann schließlich nicht früh genug begonnen werden …

Von einem solchen Besuch berichtet die nachfolgende E-Mail, die Mädchen und Jungen einer Kindertagesstätte aus dem hessischen Friedberg ihrer Erzieherin diktiert und an die sie betreuende Kollegin Anne Wuttig geschickt haben.

Armin Thiel

Wir hatten im Jahr 2010 rund 100 Besuchergruppen und Delegationen aus mehr als 30 Staaten zu Gast.

Hallo Frau Wuttig,

wir hatten einen ganz tollen Ausflug. Zwar war der Weg zum Flughafen sehr weit, aber es hat sich gelohnt. Am Anfang hatten einige von uns Angst verloren zu gehen, und auch ein wenig Angst vor Dieben und Leuten, die Kindern etwas versprechen, was nicht stimmt. Wir hatten zwar die Telefonnummer unserer Erzieherinnen in unseren Rucksäcken, und sie haben uns gesagt, dass wir im Notfall einen Polizisten ansprechen sollen, aber wir wussten nicht alle so ganz genau, wie ein Polizist aussieht und ausserdem: Wo sollten wir einen Polizisten finden?

Dann war alles ganz einfach. Den ersten Polizisten trafen wir bereits, als wir aus der S-Bahn ausstiegen, und Jack hat auf dem Weg zum Fernbahnhof 10 Polizisten gezählt. Ihr Kollege hat uns dann gesagt, dass es am Flughafen 2800 Polizisten gibt; das sind wohl sogar mehr als Kinder in unserer Kita, wir sind nämlich 107.

Die Kameras fanden wir total toll. Man kann damit Leute und Koffer ganz dicht heranholen und auch beobachten, ob jemand ein Gepäckstück einfach stehen lässt. Da könnte dann sogar Sprengstoff drin sein.

Unsere Zwillinge sehen eigentlich genau gleich aus und trotzdem haben sie nicht die gleichen Fingerabdrücke, das hätten wir nicht gedacht.

Tja, und in so eine Zelle möchten wir später lieber nicht eingesperrt werden. Es gab dort nicht einmal einen Fernseher und die Toilette hatte keinen Deckel.

Nach dem Besuch bei Ihnen sind wir mit der Skylinebahn gefahren und haben uns die Flugzeuge angesehen. Wir haben in der Rakete gespielt und Eis gegessen. Am Abend haben uns unsere Eltern in der Kita abgeholt und wir konnten viel erzählen.

Wir kennen uns jetzt ganz gut aus und wissen, welche Aufgaben die Bundespolizei am Flughafen hat. Leider wissen wir nicht, ob Polizisten auch so gerne Kuchen essen wie wir. Unsere Erzieherinnen meinten, dass die meisten Menschen gerne selbst gebackenen Kuchen essen und deshalb werden wir morgen gemeinsam einen Kuchen für Sie und Ihre Kollegen backen. Der ist suuuper lecker, denn er ist mit Schokolade.

Vielen Dank sagen:
28 Lernwerkstattkinder
der Kinderburg in Friedberg

Portrait

Mission Wien

Guido Ankners Arbeitstag beginnt schon zu Hause, am Frühstückstisch. Den in seinem Job obligatorischen Anzug mit Krawatte hat der 46-Jährige noch nicht angelegt. So früh – es ist kurz vor 7 Uhr – hat der Erste Polizeihauptkommissar noch ein einfaches Sweatshirt und Jeans an. Gerade ist er von der Bäckerei zurückgekommen. Nun sitzt der Bundespolizist vor seinem „mobilen Büro“, wie er den dienstlichen Laptop nennt, während seine Frau Monika und die drei Kinder – Katharina, Sophie und Sebastian – knusprige Semmeln aufschneiden und sich einen Tee eingießen. Es duftet nach frischem Brot, über den Tassen schweben kleine, unruhige Aromawölkchen, doch der Mann am Notebook scheint dies im Moment gar nicht zu bemerken. Bevor er selbst anfängt zu frühstücken, will er die soeben eingegangene tägliche Lageinformation auswerten und aufbereiten. Das fertige Dokument versendet er dann per E-Mail an das Bundesinnenministerium – in Wien. Erst dann wendet er seinen Blick vom Computer ab und gesellt sich zu den anderen. Er schiebt den Rechner beiseite und widmet seine Aufmerksamkeit der Familie.

Mag sein, dass der Tag im Hause Ankner ähnlich beginnt wie auch in zahlreichen anderen Familien von deutschen Bundespolizisten. Eines ist aber auf jeden Fall anders als bei den meisten von ihnen: Die fünf Ankners leben im Ausland. Für insgesamt vier Jahre sind sie nach Österreich, in den Wiener Vorort Mödling gezogen. Denn das Familienoberhaupt hat dort eine wichtige Mission zu erfüllen: Guido Ankner ist der Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte (GVB) der Bundesrepublik Deutschland beim Bundesministerium für Inneres (BMI) der Republik Österreich. Zu seinen Obliegenheiten, denen er nun seit rund anderthalb Jahren nachgeht, gehören vor allem der aufgabenbezogene Informationsaustausch und die Kontaktpflege. Als GVB berät und unterstützt er sowohl die eigenen als auch Partner-Dienststellen im Empfangsstaat bei der Wahrnehmung ihrer grenz-, luftsicherheits- und bahnpolizeilichen Aufgaben.

Guido Ankner im Gespräch mit Hofrat Gerhard Reischer. Er leitet die Abteilung Fremdenpolizei und Grenzkontrolle im österreichischen BM.I. Den GVB-Einsatz hält er für unverzichtbar: „In Zeiten, in denen Verbrechersyndikate weltweit vernetzt sind, ist es eine Notwendigkeit, dass sich auch die Polizei vernetzt.“

Als Guido sich auf den Weg macht, sieht er

ganz anders aus als gerade noch am Frühstückstisch. Statt der legeren Freizeitkleidung trägt er jetzt einen eleganten dunkeln Anzug, dazu einen Binder und einen langen schwarzen Mantel. Im Rucksack immer dabei: sein „mobiles Büro“. Zum Bahnhof sind es nur zehn Minuten zu Fuß; gut eine halbe Stunde dauert es insgesamt, bis der deutsche Kommissar seine österreichische Amtsstube erreicht hat.

Um dorthin zu gelangen, nimmt er die S-Bahn. Das Auto lässt er lieber stehen, denn das Parken in Wien ist eine echte Herausforderung – sowohl was die Suche nach einem Abstellplatz als auch was die Preise betrifft. Ganz besonders mitten im Zentrum. Und das Ministeriumsgebäude steht nur wenige Hundert Meter von der berühmten Wiener Hofburg entfernt, umgeben von weiteren wichtigen Amtssitzen wie Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt und anderen Prachthäusern.

Der Bundespolizist aus Bayern betritt das Haus kurz nach 8 Uhr, mit ihm mehrere BM.I-Mitarbeiter, die ebenfalls gerade angekommen sind. Man ist herzlich zueinander, spricht sich mit Vornamen an. Guido kennt fast jeden hier und ist selbst mittlerweile bekannt „wie ein bunter Hund“. Den Fahrstuhl ignoriert er – er nimmt lieber die Treppe, das ist gesünder. Bis er die Türe seines Büros im fünften Obergeschoss aufsperrt, hat er schon zwei Dutzend gut gelaunter Kolleginnen und Kollegen begrüßt. Von einer Steifheit, wie man sie in einem Ministerium erwarten würde, keine Spur.

Das Erste, was Guido macht, ist, den wichtigsten Ansprechpartnern – etwa in der Abteilung Fremdenpolizei und Grenzkontrolle, aber auch in verschiedenen anderen Referaten – einen kurzen Besuch abzustatten. Für den GVB ist es enorm wichtig, immer den aktuellen Stand der Dinge zu kennen, sich gleich zu Tagesbeginn über Neuigkeiten zu informieren. Erst nach dieser morgendlichen Runde schaltet Guido den mitgebrachten Laptop an. Neben den Gesprächsterminen, die in seinem Kalender notiert sind, bestimmt auch das, was er im Posteingang im Laufe der folgenden Stunden findet, seinen Tagesablauf. Es geht um Lageberichte, Frontex-Angelegenheiten, Rückführungen, nationale Einsätze beiderseits der Grenze und internationale polizeiliche Operationen, konkrete Schleusungsfälle, Neuerungen in Pass- und Visabestimmungen, die Gestaltung von Grenzkontrollen, Gefährdungsbewertungen, Fahndungen, Personalien- und Kfz-Halterabfragen, Vorträge und Präsentationen für bilaterale Besprechungen und und und …

Ankners Büro im Wiener Innenministerium liegt in einer prominenten Umgebung. Es ist nur wenige Schritte vom Bundeskanzleramt und vom Bundespräsidialamt entfernt.

Meistens tritt Guido bei all diesen Vorgängen und Nachrichten als Mittelsmann und Berater auf. Seine Aufgabe ist es, die Informationen und Anfragen zu bewerten, aufzubereiten, die richtigen Ansprechpartner zu finden und die Beteiligten zusammenzuführen. Er versucht dabei nicht, Ermittler oder Einsatzleiter zu ersetzen. Er ist vielmehr gleichzeitig eine moderne Telefonauskunft und eine Vermittlung, wie man sie aus alten Postämtern kennt – er zieht einen virtuellen Stecker hier und setzt ihn dort ein. Die am anderen Ende der Leitung können sich immer darauf verlassen, dass er sie mit der richtigen Stelle verbindet. Er ist eben ein Verbindungsbeamter.

Guido bekommt viele E-Mails – nicht nur aus Deutschland und Österreich. Einige haben einen slowenischen Absender. Es sind keine Irrläufer, denn Ankner, obwohl mit Dienstsitz in Wien, ist auch für Slowenien zuständig. Dass ein GVB gleich zwei oder mehr Staaten betreut, gibt es öfter: etwa in den Niederlanden und Belgien, Italien und Malta, Georgien und Aserbaidschan sowie im Baltikum. Mindestens einmal monatlich reist Guido nach Ljubljana. Zwei bis drei Tage lang hält er sich dort für gewöhnlich auf, mit Vor- und Nachbereitung ist er in der Regel eine Woche im Monat mit Slowenien beschäftigt. Die Zusammenarbeit mit der dortigen Grenzpolizei sei hervorragend, schwärmt er. Die nördlichste Teilrepublik des ehemaligen Jugoslawien, seit 1991 souverän

„Man muss Leben wie sonst auch.“

und seit 2004 Mitglied der Europäischen Union, sei sehr bemüht, ein „Musterschüler“ der EU zu sein, sagt Guido. Außerdem habe er dort mit vielen Kollegen zu tun, die er aus seinem Phare-Einsatz in Kroatien in den Jahren 2008-2009 kenne. Dies erlaube oftmals, die dienstlichen Geschäfte unkompliziert abzuwickeln.

Noch unkomplizierter scheint es eben in Österreich zu sein – man spricht ja dieselbe Sprache. Doch wäre nicht genau dies ein Grund dafür, auf die Dienste eines GVB in der Alpenrepublik zu verzichten? Man könnte doch ohne Weiteres miteinander telefonieren, regelmäßige Konferenzen abhalten. Der Gedanke besticht zumindest angesichts der aktuellen Sparzwänge. Doch Guidos Wiener Kollegen widersprechen der Idee unisono.

Guido Ankner sei bestens vernetzt, genieße als GVB einen guten Ruf und verfüge über langjährige Erfahrung, lobt die Leiterin des Referats Attachéwesen, Mag. Ariane Holezek, den deutschen Bundespolizisten.

Magister Gerhard Reischer, Leiter der Abteilung Fremdenpolizei und Grenzkontrolle im BM.I, ist einer der wichtigsten Ansprechpartner für den deutschen Verbindungsbeamten und derjenige, den Guido Ankner meistens zuerst bei seinen Morgenrunden aufsucht. „Der Einsatz von Polizeiattachés ist heute in der täglichen Arbeit der Polizei nicht mehr wegzudenken“, weiß der Hofrat. Warum das so ist? Reischer bringt’s auf den Punkt: „In Zeiten, in denen Verbrechersyndikate weltweit vernetzt sind, ist es eine Notwendigkeit, dass sich auch die Polizei vernetzt.“ Und weshalb ist der persönliche Kontakt unabdingbar? Der erfahrene Praktiker und erklärte Pragmatiker sagt, wie es ist, ohne um den heißen Brei herumzureden: „Es ist extrem wichtig, dass diese Zusammenarbeit nicht durch bürokratische Hürden verzögert oder gar verhindert wird.“ So einfach ist es.

Derselben Meinung ist auch Dr. Michael Neugebauer, Leiter Sportangelegenheiten im Wiener Innenministerium, mit dem Ankner heute den polizeilichen Umgang mit Sportfans bespricht, die pyrotechnische Gegenstände mitführen. Dr. Neugebauer hält es für besonders wichtig, die Informationswege so kurz wie möglich zu gestalten: „Je einfacher, umso einträglicher – auch abseits der institutionalisierten Kommunikation.“

Magister Ariane Holezek, mit der Guido die heutige Mittagespause verbringt – in dem stilvollen Restaurant „Kanzleramt“ gleich um die Ecke gibt es heute ein hervorragendes Erdäpfelgulasch – erkennt noch weitere Vorteile. „Die geografische Nähe ist gar nicht entscheidend“, meint die Leiterin des Referats Attachéwesen. „Durch den direkten Kontakt entsteht ein unglaublicher Mehrwert, wir dürfen die Bedeutsamkeit informeller Gespräche nicht unterschätzen: Sie vermitteln wertvolles Hintergrundwissen, mit dem man bei offiziellen Vorgängen viel besser zurechtkommt“, erklärt sie. Der Austausch im Sinne von „Best Practice“ sei nicht nur einfacher, sondern komme oft gerade dank persönlicher Kontakte erst zustande. Außerdem habe Österreich keinen GVB nach Deutschland entsandt, die Anwesenheit von Guido Ankner in Wien sei umso unverzichtbarer, ergänzt Holezek.

Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle Bekämpfung Schlepperkriminalität/Menschenhandel im österreichischen Bundeskriminalamt, den Ankner rund eine Stunde später wegen einer Besprechung zur aktuellen Schleusungsproblematik aufsucht, sieht es ähnlich. „Meine dienstlichen Kontakteinträge beinhalten rund 30 Ansprechpartner von der deutschen Bundespolizei, aber ich wickle jeden Vorgang über den GVB ab“, sagt der Oberst. „Nur so ist für mich gewährleistet, dass operative Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, sofort und zuverlässig bearbeitet werden. Wenn es sein muss, ist Guido auch außerhalb der regulären Bürozeiten und am Wochenende für mich da. Das ist es, worauf es ankommt und was ich als Bedarfsträger im operativen Geschäft unbedingt erwarte. Über den Verbindungsbeamten erreicht der konkrete Fall immer den richtigen Ansprechpartner, während er sonst Gefahr laufen würde, wegen Besprechungen, Urlaub, Personalwechsel, Organisationsreformen oder Ähnlichem ausgebremst zu werden“, argumentiert der .BK-Mann.

„Ohne auf das Unbekannte neugierig zu sein braucht man sich gar nicht auf den Weg machen.“

Nur wenn man persönlich miteinander zu tun habe, sei es darüber hinaus erst möglich, auch kritische Fragen zu stellen, Zweifel anzumelden, offen zu diskutieren. „Ich interessiere mich sehr für die modernste Technik, ich setze sie auch gerne überall ein, wo sie etwas bringt. Aber Telefonate, E-Mails und Videokonferenzen können niemals einen persönlichen Kontakt ersetzen. Es werden auch im Facebook keine Kinder gezeugt, oder?“

Guido Ankner nimmt seinen Einsatz sehr ernst. Die deutsch-österreichische Grenze stelle bereits seit Jahren einen grenzpolizeilichen Schwerpunkt dar, sagt er. Nur an Flughäfen registriere man mehr illegal Eingereiste als in diesem Grenzabschnitt. Die Balkan-Route sei bei der Betrachtung von Migrationsströmen nach wie vor von überragender Bedeutung. Hinzu kommen aktuelle Problematiken wie das kürzlich enorm gestiegene Aufkommen an Asylanträgen serbischer und mazedonischer Staatsangehöriger. Anhand dieses Phänomens lässt sich die Rolle des GVB gut veranschaulichen: Die Österreicher haben sehr schnell die relevanten Pull- und Push-Faktoren analysiert und auf dieser Grundlage eine wirksame Strategie entwickelt. Die Informationen darüber, wie man erfolgreich mit dieser Erscheinung umgehen kann, sammelt nun der Verbindungsbeamte, bereitet sie auf und berichtet nach Deutschland. Es geht aber auch andersherum: Guido unterrichtet auch seine österreichischen Ansprechpartner über gelungene grenzpolizeiliche Lösungsansätze, die in Deutschland erarbeitet wurden. Sein Engagement darf nicht als Einbahnstraße verstanden werden; fair ist der GVB-Einsatz, wenn alle Beteiligten gleichermaßen voneinander profitieren.

Genauso sieht es auch Generalmajor Robert Strondl, Leiter der Abteilung Einsatzangelegenheiten im Wiener BM.I und Frontex-Verwaltungsvorsitzender, bei dem Guido an diesem Nachmittag kurz vorbeischaut, um über den Einsatz anlässlich des im Juni in Wien stattfindenden „World Economic Forum“ zu sprechen. „Mit der zunehmenden Integration in Europa nimmt die Bedeutung des GVB sogar noch zu. Dieser trägt in seiner Funktion dazu bei, dass die Abstimmung hinsichtlich aktueller Entwicklungen leichter fällt“, sagt Strondl. Die Entfernung der einzelnen Partnerstaaten und die Sprache – das seien nur nachrangige Kriterien. Entscheidend seien vielmehr die persönlichen Kontakte und das im Laufe der Zeit gereifte gegenseitige Vertrauen. „Und das kann nicht erst im Bedarfsfall aufgebaut werden, so etwas muss nachhaltig wachsen“, gibt der verantwortliche Einsatzmann im BM.I zu bedenken. Strondl weiß, wovon er spricht. Österreich habe erst kürzlich einen Verbindungsbeamten aus einem EU-Land abgezogen, räumt er ein. „Sehr schnell haben wir aber erkannt, dass dies ein falscher Schritt war – die Kooperation hat darunter gelitten. Die Entscheidung wird schon bald revidiert.“

Generalmajor Robert Strondl, Leiter der Abteilung Einsatzangelegenheiten im BM.I, schreibt dem Grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten eine wichtige Brückenfunktion zu. „Mit der zunehmenden Integration in Europa nimmt die Bedeutung des GVB zu“, ist er fest überzeugt. Das dank persönlicher Kontakte gereifte Vertrauen sei durch nichts zu ersetzen: „Das kann nicht erst im Bedarfsfall aufgebaut werden, so etwas muss nachhaltig wachsen“, meint der Frontex-Verwaltungsvorsitzende.

Das, worauf es laut Generalmajor Strondl ankommt, kann Guido Ankner sehr gut: Stimmungslagen aufnehmen, die spezifischen Ansprechpartner nicht nur kennen, sondern auch einschätzen können, die richtigen Zugangskanäle finden, die richtigen Leute zusammenbringen. Strondl spricht von einer wichtigen Brückenfunktion, die der deutsche GVB erfüllt. Er sei auch sehr froh darüber, „dass Guido sein Büro hier direkt im BM.I hat." „Der regelmäßige, unmittelbare Kontakt schafft Vertrauen und Nähe, und das ist wichtig", konstatiert der Abteilungsleiter. Ja, wenn man die zwei bei einer Unterredung beobachtet, sieht man es auf den ersten Blick, dass sie sich offenbar gut verstehen.

Ein paar Jahre, bevor er nach Wien kam, war Ankner bereits in Griechenland als Verbindungsbeamter eingesetzt. Der dortige Aufenthalt hat sich nicht nur der Pionierarbeit wegen, sondern auch wegen einschneidender Erlebnisse wie Schneekatastrophen, Erdbeben oder Anschlägen auf Diplomaten in das Gedächtnis des ersten Verbindungsbeamten in Athen eingebrannt.

Wie man diese entscheidende Vertrauensbasis schafft, ist einerseits von der inneren Einstellung, von der eigenen Persönlichkeit abhängig. Andererseits ist es auch enorm wichtig, dass die den GVB betreuende Stelle in Deutschland entsprechend agiert. „Ein Verbindungsbeamter ist nur so viel wert wie seine Stammdienststelle im Heimatland – er kann nicht besser sein", formuliert es einer von Guidos heutigen Gesprächspartnern, der .BK-Mann Oberst Tatzgern, knapp und zutreffend. Es kommt aber auch auf die Erfahrung des Einzelnen an – Erfahrung im Umgang mit Menschen. Guido Ankner verfügt da über die besten Voraussetzungen. Kommunizieren, organisieren, sich in neuen Lagen, neuen Dienststellen, neuen Ländern zurechtfinden – das fällt ihm leicht, was sein dienstlicher Werdegang belegt. Seine Polizeikarriere begann 1990 in der BGS-Abteilung Rosenheim, es folgten Verwendungen im Präsidium Süd in München, in der Inspektion Flughafen München sowie in der damaligen Direktion in Koblenz und zuletzt – abgesehen von den Auslandseinsätzen – als Leiter der Bundespolizeiinspektion Rosenheim. Das erste Mal war Guido 1999 für ein halbes Jahr ins Ausland abkommandiert worden. Er ging nach Griechenland; sein Auftrag hing mit dem Kosovo-Einsatz zusammen. Nach der Heimkehr dauerte es nur etwas mehr als ein Jahr, bis er wieder nach Athen kam – diesmal als GVB. Vier Jahre, bis 2005, blieb er dort; diese Zeitspanne ist bei Entsendungen von Verbindungsbeamten die Regel. Alles andere als regulär scheint aber der Aufenthalt in Griechenland gewesen zu sein.

Denn diese Zeit hat Guido noch lebhaft in Erinnerung, und seine Augen glänzen, wenn er alte Fotos zeigt und erzählt, was er dort erlebt hat. Und es gibt viel zu erzählen. So viel, dass er ein Buch schreiben könnte. Über Erdbeben, eines von ihnen so schwer, dass es mehr als einhundert Menschen den Tod brachte. Über „seit Jahrhunderten" nicht da gewesene Schneemassen und komplett zugeschneite Autos mitten in Athen. Flugzeugabstürze direkt vor seinen Augen. Flugzeugentführungen. Panzerfaust-Anschläge auf Diplomaten. Gewalttätige Ausschreitungen auf Athener Straßen bei Bill Clintons Besuch, herumfliegende Molotowcocktails und Tränengaseinsatz. Aber auch über beeindruckende Begegnungen mit vielen interessanten und liebenswerten Menschen, über die Olympiade in Athen, über die wunderschöne mediterrane

Natur. Und schließlich über die nicht immer einfache Arbeit – Guido war der allererste deutsche GVB in Griechenland und ohne Assistent und Dolmetscher unterwegs. Alles sei dort anders gewesen als hier, in Wien: die Kultur, die Sprache, die Schrift, die Denkweisen und Einstellungen, der Organisationsaufbau der Partnerbehörden. Damals war Griechenland noch nicht im Schengen-Verbund, man bezahlte auch noch mit Drachmen und nicht mit Euro – eine andere Welt. Eine stolze Note vibriert mit in seiner Stimme, als Guido erzählt, wie er die ersten Schritte in der deutsch-griechischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Migration gehen, wie er Pionierarbeit in der grenzpolizeilichen Kooperation leisten durfte.

Dass er damals in Griechenland alle Herausforderungen so erfolgreich meistern konnte, hängt sicherlich auch mit der Unterstützung seiner Familie zusammen.

Seine Frau Monika und die Kinder begleiteten Guido nach Athen und blieben mit ihm die ganzen vier Jahre des GVB-Einsatzes dort. Es war eine interessante Erfahrung für alle, trotz Umzug und aller unvermeidbaren Unwegsamkeiten eine schöne Zeit, die die Familie noch mehr zusammengeschweißt hat. Weder die Ehefrau noch die Kinder hatten jemals Bedenken oder Angst vor der Entscheidung, mit ins Ausland zu gehen. Weder damals, als es nach Griechenland ging, noch diesmal, als sie nach Wien ziehen sollten. Im Gegenteil, die ganze Familie scheint von fremden Ländern und Kulturen fasziniert zu sein, immer bereit, sich auf Neues einzulassen. Was den Ankners offensichtlich entscheidend dabei hilft, sich überall so schnell zu akklimatisieren, in der Welt so gut zurechtzukommen, sind ihre Offenheit und Beständigkeit. Diese zwei Attribute stehen nicht im Widerspruch zueinander: Ohne auf das Unbekannte neugierig zu sein, ohne die nötige Portion Risikobereitschaft braucht man sich gar nicht auf den Weg zu machen. „Doch wenn der Draht zur Heimat nicht stark genug ist, reißt er, und vieles, was da war, kann unwiederbringlich verloren gehen“, sagt Guido. Er selbst achtet gut darauf, dass dies ihm und seiner Familie nicht passiert.

Heute Abend speisen die Ankners nicht zu Hause. Guido ist kurz nach sieben vom Büro zurückgekommen. Nach zahlreichen E-Mails, Telefonaten und Besprechungen freut er sich, mit Frau und Kindern zum Abendessen auszugehen. „Das muss man sich leisten“, sagt er. „Man muss leben wie sonst auch, ins Restaurant gehen, ins Theater, ins Kino, ins Konzert. Wer ins Ausland geht, um großes Geld zu machen, und an allen Ecken und Kanten nur spart, wird scheitern – weil er übersieht, wie das Leben an ihm vorbeizieht.“ Nur ein paar Minuten von Guidos Mödlinger Haus entfernt gibt es einen Heurigen – eine für Wien und Region eigene Gaststätte mit landestypischen Spezialitäten. Es riecht nach Geräuchertem. Der Tag geht so zu Ende, wie er begonnen hat: An einem Esstisch, an dem die Familie über alles reden kann. Mit dem kleinen Unterschied, dass Guidos „mobiles Büro“ diesmal nicht neben seinem Teller steht. Der Laptop steckt im Rucksack unter dem schwarzen Mantel, der zu Hause am Kleiderbügel hängt. Wenn heute Abend niemand mehr anruft, hat er Pause bis morgen früh – bis die nächste Lageinfo eintrifft. Auch das gehört zur Mission.

Thomas Borowik
Foto: Thomas Borowik, Guido Ankner

60 Jahre Bundespolizei

Folge 6: Die Jahre 2001 bis 2011

Terroristische Bedrohungen, internationale Einsätze und Kooperationen, die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland, die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes (BGS) in die Bundespolizei und eine umfassende Neuorganisation prägen dieses Jahrzehnt.

Seit seiner Gründung 1951 hat sich der Bundesgrenzschutz (BGS) zur heutigen modernen Bundespolizei entwickelt, die aus dem Sicherheitsgefüge Deutschlands nicht mehr wegzudenken ist. In den letzten 60 Jahren haben sich nicht nur der Name unserer Organisation und die Uniform geändert, sondern auch die Aufgaben und die Organisationsstruktur. Diese haben sich immer flexibel den veränderten politischen Bedingungen – z.B. Wiedervereinigung Deutschlands, EU-Erweiterung, internationale Konflikte und Terrorismus – und den Sicherheitslagen angepasst. Einige entscheidende Entwicklungen, die zur heutigen Bundespolizei beigetragen haben, fanden erst in den letzten zehn Jahren statt. Katrin Schneider (24) und Torsten Tiedemann (29) haben einige dieser Ereignisse in ihrer noch kurzen Dienstzeit miterlebt und berichten von ihren persönlichen Erfahrungen.

Torsten Tiedemann ist Gruppenleiter beim Bundespolizeirevier Flughafen Karlsruhe

Torsten Tiedemann kam eher zufällig zur Bundespolizei. Er strebte als 17-jähriger Abiturient eine Offizierslaufbahn bei der Bundeswehr an. Doch während einer Fahrstunde – er machte 1999 seinen Führerschein – erzählte ihm sein Aushilfsfahrlehrer von seinen Erfahrungen bei der Bundeswehr. Er meinte zu Tiedemann, dass er sich lieber beim BGS bewerben solle. „Damals hatte ich mich mit dem Thema BGS noch nie auseinandergesetzt“, gesteht Torsten Tiedemann heute.

Nach vielen Recherchen und einem Gespräch mit dem Einstellungsberater war sich der heute 29-Jährige

aber sicher, dass der BGS die richtige Wahl für ihn sei. „Bereut habe ich es bis heute nicht“, fügt er hinzu. Am 4. September 2000 begann seine Zeit beim damaligen Bundesgrenzschutzpräsidium Nord, im Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) Walsrode. Vor allem das Reisen gehörte zu den „Schwerpunkten“ während des dreijährigen Studiums. Ausbildung im AFZ, Grundstudium in Brühl, Studium in Lübeck sowie Praktika in verschiedenen Dienststellen. Es war ein Vorgeschmack auf später, wie er heute weiß.

In die Zeit seiner Ausbildung fiel auch der verheerende Anschlag vom 11. September 2001 in den USA. Als Folge dessen sah der Bundeshaushalt für das Jahr 2002 allein 124 Millionen Euro für die Bekämpfung des Terrorismus vor (sog. Terrorpaket). 260 neue Planstellen wurden geschaffen und die zusätzliche Einstellung von 1 190 Anwärtern beschlossen. Am 1. Januar 2002 trat das Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) in Kraft. Es beinhaltet unter anderem die Erhöhung der Sicherheit im Luftverkehr.

Die Sicherheitskooperationen mit den Landespolizeien und den Nachbarstaaten nahmen einen hohen Stellenwert ein und wurden intensiviert. Sie regelten den Austausch aktueller Informationen, die Erstellung gemeinsamer Lagebilder und die Abstimmung von Fahndungsschwerpunkten. Die Streifen- und Kontrolltätigkeiten wurden stärker koordiniert. Insbesondere an Bahnhöfen wurde die Sicherheitsarbeit von BGS und Landespolizeien weiter optimiert. Schon ab März 2002 gab es eine gemeinsame Leitstelle und gemeinsame Streifen von Landespolizei und BGS in Berlin.

„Frauen auf dem Vormarsch in Führungspositionen“

Auch die Kooperation mit den Anrainerstaaten im „Phare Twinning“-Projekt – Phare steht für Poland and Hungary: Aid for the Restructuring of the Economies – setzte Maßstäbe. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit für Grenzpolizeien begann mit Seminaren an der Grenzschutzschule und in der Schule des polnischen Grenzschutzes in Koszalin. Weitere Länder sollten folgen.

Im April 2002 wurde die Reiterstaffel der Berliner Polizei vom BGS übernommen und dem BGSAmt Berlin zugeordnet. 84 Beschäftigte und 44 Polizeipferde tragen seitdem den Bundesadler.

Im April 2002 begann auch die deutsche Aufbauhilfe für Afghanistan. 12 Polizeivollzugsbeamte (PVB) von Bund und Ländern, mit 48 allradgetriebenen Polizeibussen im „Gepäck“, eröffneten in Kabul ein Projektbüro. Wiederaufbau, Unterstützung und Beratung der afghanischen Polizei hieß der Auftrag. Afghanistan ist bis heute zum ständigen Arbeitsplatz für viele PVB geworden.

Bundesinnenminister Otto Schily verkündete am 3. Juli 2002 den erfolgreichen Abschluss des Attraktivitätsprogramms von 1998. Insgesamt waren von der Reform 9 500 Beschäftigte des BGS betroffen. Die grenzpolizeilichen, bahnpolizeilichen und Luftsicherheitsaufgaben wurden auf unterster Ausführungsebene der BPOLI zusammengefasst. Der einzeldienstliche Aufgabenbereich wurde um 4 600 PVB verstärkt. Spezielle Bundesgrenzschutzinspektionen zur Kriminalitätsbekämpfung (BGSI KrimB) wurden eingerichtet. Die elf Einsatzverbände wurden von Ausbildungsaufgaben entlastet und für zukünftige Einsatzschwerpunkte neu ausgerichtet.

Aber auch innerbetrieblich gab es Neuerungen. Mit der Einführung des Bildungscontrollings in der Aus- und Fortbildung setzte der BGS auch im Vergleich mit anderen Bildungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes einen Meilenstein in der Optimierung der Ressourcen.

„Frauen auf dem Vormarsch in Führungspositionen“, so titelte die Zeitschrift des BGS (01/2002). PR’in Kerstin Kohlmetz wurde Referentin im BMI, PD’in Martina Lapacz Leiterin des AFZ BGSP Ost, PR’in Barbara Heuser wechselte als Leiterin der BGSI Saarbrücken in den StB 12 des BGSP West, PR’in Ulrike Herbold wurde Leiterin der BGSI Düsseldorf und POR’in Anke Haß Leiterin HSG Einsatz beim BGSAmt Hamburg.

An den XIX. Olympischen Winterspielen in Salt Lake City 2002 nahmen 17 Spitzensportler des BGS teil und kehrten mit 7 Medaillen – 4 x Gold, 2 x Silber, 1 x Bronze – zurück.

Zurück zu Torsten Tiedemann. Kurz vor den Laufbahnprüfungen Anfang 2003 musste er das erste Mal erfahren, dass das Leben beim BGS kein Wunschkonzert ist. Ihm wurde

mitgeteilt, dass er nach dem Laufbahnlehrgang als Gruppenleiter zur BGSI Pomellen „muss“. Er wusste vorher nur so viel über seine zukünftige Dienststelle, dass sie an der Ostgrenze lag und nicht den besten Ruf hatte. Die BGSI Pomellen war damals noch eine eigenständige Inspektion mit einem Autobahngrenzübergang zu Polen, gehörte zum BGSAmt Rostock und lag im letzten Zipfel von Mecklenburg-Vorpommern.

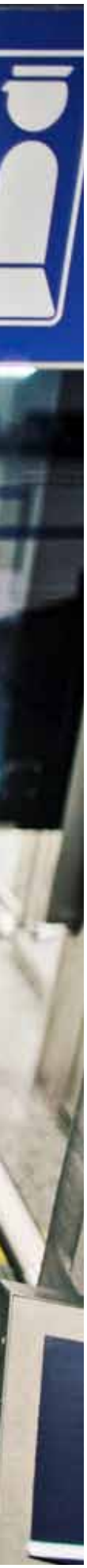
„Das war zunächst ein Schock für mich“, erinnert sich Tiedemann. „Im Nachhinein betrachtet war die Zeit in Pomellen für mich jedoch ein Glücksfall, denn die Zeit hat mich nachhaltig geprägt. Die Dienststelle bot ein interessantes Aufgabenspektrum, gepaart mit den Herausforderungen einer jungen Führungskraft im Umgang mit lebensälteren Kollegen.“

Zunächst war er dort als Gruppenleiter eingesetzt. Nach neun Monaten wurde er – trotz anfänglicher Skepsis – als stellvertretender DGL in eine neue DG umgesetzt. „Ich fühlte mich als junger PK z.A. eigentlich noch nicht bereit für die neue Aufgabe, aber die Dienststelle war aufgrund einer hohen Fluktuation im Bereich der Führungskräfte dazu gezwungen“, ergänzt er.

Ende 2003 wurde die neue moderne Einsatzleitstellentechnik PIKUS (Polizeiliches Informations- und Kommunikationsunterstützungssystem) nicht nur in Pomellen, sondern bundesweit eingeführt. PIKUS sollte u.a. die Automatisierung von Arbeitsabläufen, eine einheitliche IT-gestützte Handhabung aller technischen Mittel am Arbeitsplatz und einen automatisierten grafischen Überblick der Einsatz- und Kräftelage in Echtzeit möglich machen. Bis 2006 (Fußball-WM) sollten alle BGS-Ämter damit ausgestattet sein.

Am 13. Februar 2004 startete auf dem Flughafen Frankfurt/Main das Pilotprojekt zur automatisierten und biometriegestützten Grenzkontrolle. Flugreisende im Non-Schengen-Verkehr mussten sich einmalig registrieren lassen und konnten dann künftig an diesem Kontrollverfahren teilnehmen. Der Grenzübertritt wurde dadurch erheblich beschleunigt, da lange Wartezeiten, die oftmals bei der manuellen Kontrolle entstanden, entfielen. Obwohl das Verfahren bei Datenschützern umstritten war, hatten sich bis September 2004 bereits 10 000 Teilnehmer freiwillig registriert.

Die Einführung der „Ein-Stopp-Kontrolle“ am 1. Mai 2004 war ein einschneidendes Erlebnis für alle Dienststellen an der Ostgrenze, auch für die BGSI Pomellen. Seitdem arbeiteten der deutsche und der polnische Grenzschutz gemeinsam in einer Kontrollbox „Hand in



Die Zukunft hat begonnen: Bei EasyPASS werden biometrische Daten des Gesichtes ausgewertet. Dazu legt der Reisende seinen elektronischen Pass (ePass) auf einen Ausweisleser und betritt dann eine der vier speziell entwickelten Grenzkontrollschleusen.

Hand“. „Diese Maßnahme stieß anfangs auf wenig Gegenliebe im Kollegenkreis“, erinnert sich Tiedemann heute.

Im Mai 2005 nahm FRONTEX – die Europäische Grenzschutzagentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen mit Sitz in Warschau – die Arbeit auf. Der Begriff stammt aus dem Französischen und steht für Frontières extérieures. FRONTEX koordiniert u.a. die operative Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen, unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von nationalen Grenzschutzbeamten und legt gemeinsame Ausbildungsstandards fest.

Am 1. Juli 2005 war es dann so weit: Der BGS wurde in „Bundespolizei“ umbenannt. Der Zusatz zur Amtsbezeichnung „im BGS“ entfiel. Die ehemaligen BGS-Behörden heißen seitdem Bundespolizeipräsidien und Bundespolizeiakademie.

Die grüne Farbe der Dienstbekleidung und Einsatzmittel wurde sukzessive durch „Blau“ ersetzt. Die Fahrzeugkennzeichen wurden von „BG“ in „BP“ geändert.

Knapp neun Monate vorher wurde Katrin Schneider als eine der letzten Polizeivollzugsbeamtinnen beim Bundesgrenzschutz eingestellt.

„Ich wollte immer schon zur Polizei“, sagt sie. Als gebürtige Offenburgerin war daher auch der Weg zum Einstellungsberater nicht weit, denn der sitzt direkt im Dienstgebäude der BPOLI Offenburg. Nach erfolgreichem Eignungsauswahlverfahren wurde Katrin Schneider im Oktober 2004 eingestellt. Von der Umbenennung des BGS in Bundespolizei erfuhr sie in Rosenheim. Aufgrund umfangreicher Umbauarbeiten in den Unterkunftsgebäuden des Aus- und Fortbildungszentrums (AFZ) Oerlenbach musste ihr Lehrgang (76. LmPVD) die ersten beiden Jahre in die Abteilung nach Rosenheim ausweichen.

Das „Highlight“ für Schneider während ihrer zweieinhalbjährigen Ausbildung war der Einsatz anlässlich der Fußball-WM 2006 am Münchener Hauptbahnhof. Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland, von vielen auch nur als „das Sommermärchen“ bezeichnet, setzte in vielen Punkten neue Maßstäbe. Vor allem war es einer der personalintensivsten Einsätze der letzten Jahre. Allein beim Endspiel in Berlin am 9. Juli waren 1 400 PVB im Einsatz.

Im November 2006 wurde durch das BMI eine Projektgruppe zur Neuorganisation der BPOL einberufen. Vorrangiges Ziel war es, den operativen Bereich personell zu stärken. Das Ergebnis der Projektgruppe sah eine grundlegende Neustrukturierung der gesamten Bundespolizei und eine Stärkung des operativen Bereichs um 1 000 PVB vor. Die Umsetzung der Neuorganisation trat am 1. März 2008 in Kraft.

Die neue Bundespolizeiorganisation wird nun von einem Bundespolizeipräsidium in Potsdam geführt. Matthias Seeger ist der erste Präsident der neuen Bundespolizei. „Wir begannen vor drei Jahren auf der grünen Wiese. Ein Büro mit einem Schreibtisch und ein paar Stühlen. Kein Telefon, kein Computer. Ich habe geahnt, welche enorme Aufgabe auf uns zukommt, es aber dennoch gewaltig unterschätzt. Es waren keine Steine aus dem Weg zu räumen, sondern wahre Felsbrocken. Jetzt, nach drei Jahren, sind wir aber auf einem guten Weg. Auch in der neuen Struktur konnten alle polizeilichen Großlagen mit Erfolg bewältigt werden. Die Bundespolizei wird heute sehr viel mehr in der Öffentlichkeit wahrgenommen als bisher. Diese Position gilt es weiter auszubauen“, so Seeger.

Dem Bundespolizeipräsidium als Oberbehörde unterstehen neun regionale Bundespolizeidirektionen mit je einer BPOLI Kriminalitätsbekämpfung und einer Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit. Diesen neun Direktionen unterstehen 77 Bundespolizeiinspektionen mit 142 Bundespolizeirevieren. Daneben gibt es die Direktion Bundesbereitschaftspolizei mit zehn Bereitschaftspolizeiabteilungen und die Bundespolizeiakademie. Letzterer wurden alle AFZ, die Sportschule Bad Endorf, das Leistungssportprojekt Cottbus, die Diensthundeschulen in Neuendettelsau und Bleckede sowie das Trainingszentrum Kührointhaus angegliedert. Dem Bundespolizeipräsidium unmittelbar zugeordnet wurden die GSG 9, der Bundespolizeiflugdienst, die Seelsorge und die BPOL-Orchester.

Tiedemann konnte der Neuorganisation entspannt entgegensehen, da er sich bereits 2006 im Rahmen einer Initiativbewerbung anders orientiert hatte. Im Norden gab es für ihn damals keine Perspektive mehr. Als jungem Beamten ohne Sozialpunkte war ihm klar, dass er als einer der Ersten gehen müsste. „Aber ich wollte selbst über meinen zukünftigen Dienstort entscheiden“, fügt er hinzu. Deshalb zog er als gebürtiger Mecklenburger Ende 2006 ins 900 km entfernte badische Land. Dort ist er seither als Gruppenleiter beim Bundespolizeirevier Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden tätig, einer Dienststelle mit inte-

grativer Aufgabenwahrnehmung. „Neben der grenzpolizeilichen Kontrolle des Flugverkehrs nehmen wir auch bahnpolizeiliche Aufgaben im Nordbereich unserer Inspektion wahr."

Besorgt zeigt er sich, wenn er über seine ehemalige Dienststelle spricht. „Der Kelch der Ungewissheit ging zum Glück an mir vorüber. Die BPOLI Pomellen hat seit der Reform nur noch einen Revierstatus. Derzeit ist die Zukunft vieler ehemaliger Kollegen noch ungeklärt. Das zermürbt die Leute. Dazu kommen noch die Dauerabordnungen zu den Schwerpunktdienststellen."

Obwohl es ihm in Baden-Württemberg mittlerweile ganz gut gefällt, strebt er gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinen beiden Söhnen mittelfristig eine Rückkehr in den Norden an. „Heimat ist eben Heimat", so Tiedemann abschließend.

Katrin Schneider arbeitet als Kontroll- und Streifenbeamtin in der Leitstelle der Inspektion Offenburg

Persönlich profitiert hat Katrin Schneider von der Reform 2008. „Ohne die Reform wäre ich nie nach Offenburg gekommen", sagt sie. Am 1. April 2007 kam sie als Kontroll- und Streifenbeamtin zur BPOLI Weil am Rhein. Dort war sie 2008 auch in den Einsatz der Bundespolizei zur EURO 2008 in Österreich und der Schweiz eingebunden. Während der BPOLI Weil am Rhein im Zuge der Reform viele Dienstposten gestrichen wurden, bekam die BPOLI Offenburg viele neue hinzu. Deshalb ist Schneider froh darüber, dass sie als gebürtige Offenburgerin im Januar 2009 in ihre Heimatstadt versetzt wurde. „Privates und Dienstliches lassen sich so viel besser verbinden", so die 24-Jährige.

In Offenburg arbeitet sie sowohl als Kontroll- und Streifenbeamtin als auch als Leitstellenbeamtin. In den Zuständigkeitsbereich der Inspektion, einer der

kleinsten Flächeninspektionen in der Bundespolizei, fiel im Frühjahr 2009 der NATO-Gipfel. Dieser fand in Kehl und Straßburg statt. Schneider: „Diese große Herausforderung hat unsere Dienststelle mit Bravour gemeistert." Für sie war es nach den Einsätzen bei der WM 2006 und der EM 2008 bereits der dritte große Einsatz binnen drei Jahren. „Unsere Hauptaufgabe war die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs an der Grenze zu Frankreich." Die Grenzkontrollen wurden 2009 anlässlich des NATO-Gipfels befristet wieder eingeführt.

Ihre dienstliche Zukunft sieht Katrin Schneider weiterhin in Offenburg. „Zwar ist nicht alles Gold, was glänzt, aber im Großen und Ganzen bin ich mit meiner Berufswahl zufrieden. Vor allem aber habe ich einen krisensicheren Arbeitsplatz."

Vor dem Hintergrund der aktuellen Gefährdungslage durch mögliche terroristische Anschläge in der Advents-/Weihnachtszeit 2010 ordnete der ehemalige Bundesinnenminister, Dr. Thomas de Maizière, im November 2010 den verstärkten Einsatz der Bundespolizei, insbesondere auf den Bahnhöfen und Flughäfen, an und auch die Landespolizeien verstärkten ihr Personal.

Ein weiteres Ereignis wurde 2010 bei der Bundespolizei kontrovers diskutiert. Die im Frühjahr 2010 von de Maizière eingesetzte „Werthebach-Kommission" zur Evaluierung der Sicherheitsbehörden des Bundes (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundeszollverwaltung) empfahl Anfang Dezember 2010 in ihrem Bericht, Bundespolizei und Bundeskriminalamt zu einer Polizei des Bundes zusammenzufassen.

GRÜN geht, BLAU kommt. Mit der Umbenennung der Bundespolizei wird auch die blaue Uniform eingeführt.

Der neue Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, erklärte „dass die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt zwei Säulen der Polizei des Bundes bleiben." Er wolle das Zusammenspiel beider Organisationen verbessern; in welcher Form und welcher Intensität dies allerdings geschehen soll, das werde er erst in den nächsten Wochen entscheiden.

Dazu Präsident Seeger: „Mit Spannung bleibt abzuwarten, welche strategisch politische Neuausrichtung unser neuer Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, der Bundespolizei für die Zukunft geben wird."

Friedrich-Wilhelm Britt

Was geschah noch in der Zeit zwischen 2001 und 2011?

2002
- Am 12. März besuchte Bundespräsident Rau mit seiner Gattin die GSG 9. Es war der erste Besuch eines Bundespräsidenten bei dieser Dienststelle.
- Einsatz des BGS in den Hochwassergebieten entlang der Elbe. Über 4 000 PVB, 25 PHS, 34 Boote und 20 WaWe waren im Einsatz.

2003
- Unterstützung der schweizerischen Kantonspolizei bei der Durchführung des G8-Gipfels im französischen Evian durch 350 PVB aus Bad Bergzabern, Hünfeld, Bayreuth und Blumberg.
- Unterstützung bei der Waldbrandbekämpfung in Frankreich und Portugal durch den Einsatz von Bundesgrenzschutz-Transporthubschraubern mit Löschwasserbehältern.

2004
- Bei einem Anschlag im Irak auf einen deutschen Botschaftskonvoi werden zwei GSG-9-Angehörige getötet.

2005
- Arbeitsaufnahme des gemeinsamen Sicherheitszentrums Bahn in Berlin (gemeinsame Lageauswertung und Informationssteuerung zwischen DB AG und Bundespolizei).
- Bundesinnenminister Otto Schily unterzeichnet gemeinsam mit seinen Amtskollegen der fünf Küstenländer und dem Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Ralf Nagel, die Verwaltungsvereinbarung zur Schaffung eines Maritimen Sicherheitszentrums in Cuxhaven.

2006
- Rekordbeteiligung der Bundespolizei mit 22 Athletinnen und Athleten bei den XX. Olympischen Winterspielen in Turin.
- In der Organisationseinheit „Einsatzhundertschaften Gifhorn" wird die zweite Einsatzhundertschaft Auslandshundertschaft (IEE) eingerichtet.
- Das „Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration" nimmt in Berlin-Treptow seine Arbeit auf.
- Begleitung des 10. Castortransports mit hochradioaktiven Abfällen in 12 Behältern aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague in das Zwischenlager Gorleben.

2008
- Am 1. März tritt das Gesetz zur Neuorganisation der Bundespolizei in Kraft. Matthias Seeger wird der erste Präsident des neuen Bundespolizeipräsidiums.
- Einsatz der Bundespolizei anlässlich der Fußball-Europameisterschaft (UEFA-EURO 08) in Österreich und der Schweiz.

2010
- Acht Medaillen holen die Angehörigen der Bundespolizei (Bad Endorf) bei den XXI. Olympischen Winterspielen in Vancouver.
- Einsatz beim umstrittenen Bauprojekt des Bahnhofs „Stuttgart 21".
- Am Flughafen Hamburg werden die ersten Körperscanner erprobt.

2011
- Das BMI setzt eine Projektgruppe zur Bewertung des Werthebach-Berichts ein.
- Am 16. März wird die Bundespolizei 60 Jahre alt.

Rasierschaum, Handcreme und Whisky

Diese gehören zu den Flüssigkeiten und Substanzen mit schaum- oder gelartiger Konsistenz (sog. Liquids, Aerosols and Gels = LAG[1]), für deren Mitnahme im Handgepäck seit 2006 gesonderte Regelungen im Flugverkehr gelten.

Allerdings hat die Europäische Union, im Bewusstsein, dass die Methoden und Technologien zum Aufspüren flüssiger Sprengstoffe stets weiterentwickelt werden, im vergangenen Jahr eine schrittweise Aufhebung der bislang begrenzten Mitnahmemengen von LAGs beschlossen.

Zwischenzeitlich wurden Geräte entwickelt, die Flüssigsprengstoffe erkennen. Nach einer Erprobungs- und Zertifizierungsphase durch die Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei in Lübeck sind diese Detektionsgeräte zugelassen worden und werden ab 29. April 2011 an deutschen Flughäfen eingesetzt.

Das Thema Flüssigkeitsbeschränkung wird – national wie international – nicht nur politisch heiß und kontrovers diskutiert. Nach dem vereitelten Sprengstoffanschlag 2006 in London hat die Mengenbeschränkung von Flüssigkeiten im Handgepäck auf Flugreisen immer wieder für viel „Zündstoff“ und teilweise auch Verunsicherung bei den Flugreisenden in aller Welt gesorgt.

Am 29. April 2011 tritt nun ein erster Teil der neuen Regelungen in Kraft. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten sich bereits Ende 2009 auf eine schrittweise Aufhebung der Beschränkungen für die Mitnahme von Flüssigkeiten im Handgepäck verständigt. Die Verordnung (EU) Nr. 297/2010 sieht vor, dass bei der Kontrolle von LAGs im Handgepäck künftig Detektionstechnologie einzusetzen ist, mit der gefährliche Flüssigkeiten zuverlässig erkannt werden. Die Umsetzung dieser Verordnung erfolgt in zwei Schritten:

Der 1. Schritt muss bis spätestens 29. April 2011 in allen EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt sein und sieht zunächst die Aufhebung der Flüssigkeitsbeschränkung nur für Fluggäste vor, die außerhalb der EU starten und LAGs im Duty Free gekauft haben. Diese Fluggäste dürfen LAGs unabhängig von der Volumenmenge im Handgepäck mitführen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Sie müssen mittels eines Kassenbeleges nachweisen, dass diese LAGs innerhalb der vorausgegangenen 36 Stunden ausschließlich im Sicherheitsbereich hinter der Bordkartenkontrolle des NON-EU-Flughafens (Duty Free) oder an Bord eines NON-EU-Luftfahrzeuges erworben wurden. Zusätzlich müssen die LAGs in einem manipulationssicheren und unbeschädigten Klarsichtbeutel, dem sogenannten „Secure Tamper Evident Bag“ (STEB), verpackt sein. Diese Passagiere müssen, wenn sie von einem EU-Flughafen aus weiterfliegen wollen, ihre STEBs einer Flüssigkeitsdetektionskontrolle unterziehen; die Kontrollgeräte erkennen gefährliche Substanzen.

Für Reisende, die von einem Flughafen innerhalb der EU starten, bleiben die bisherigen Regelungen erhalten. Flüssigkeiten bis 100 ml im Handgepäck müssen nicht gesondert kontrolliert werden, wenn sie sich in einem 1 Liter Plastikbeutel befinden. Ausgeschlossen von der Mengenbeschränkung sind allerdings Babynahrung und Medikamente (z.B. Insulin). Der Bedarf der Medikamente muss glaubhaft nachgewiesen werden; ausreichend dafür ist beispielsweise ein Rezept.

Der 2. Schritt sieht ab dem 29. April 2013 in allen EU-Mitgliedsstaaten eine komplette Aufhebung der Flüssigkeitsbeschränkung für alle abfliegenden Passagiere vor. Voraussetzung dafür sind zuverlässige Kontrollverfahren zur Detektion von LAGs.

Armin Thiel

1 LAGs schließen Pasten, Lotionen, Mischungen von Flüssigkeiten und Feststoffen (u.a. Suppen) sowie Streichkäse/-wurst, Zahnpasta, Haargel, Sirup, Parfüm und Rasierschaum ein.

Fortbildungsplanung – wie geht das eigentlich?

Bedarfserhebung, Fortbildungsprogramm, Produktpalette und -katalog, Inhouse-Schulung, Formular B – diese Begriffe schwirren derzeit wieder durch die Räumlichkeiten der Bundespolizei.
Der Grund: Der Fortbildungsbedarf 2012 wird erhoben. Doch was verbirgt sich dahinter? Wie kann ich die Mitarbeiter für eine Fortbildung anmelden? Und wie kann ich als Mitarbeiter an einem Lehrgang teilnehmen?
Diese und ähnliche Fragen sind nach dem Beginn der Bedarfserhebung für 2012 wieder zu hören und sollen im Folgenden beantwortet werden.

Fortbildung wird grundsätzlich in drei Kategorien unterschieden:

Als **„externe Fortbildung“** werden Lehrgänge bezeichnet, die nicht bei der Bundespolizei durchgeführt werden. Diese wird zentral durch die Bundespolizeiakademie geplant.

„Dienststelleninterne Fortbildungen“ sind Schulungen, die durch die Direktionen in eigener Zuständigkeit für ihre Mitarbeiter organisiert werden. Die Bundespolizeiakademie wirkt bei Bedarf unterstützend mit.

Die **„zentrale Fortbildung“** umfasst die Fortbildungsmaßnahmen der Bundespolizeiakademie (Standort Lübeck, Aus- und Fortbildungszentren sowie dem Trainingszentrum Kührointhaus) und wird „bedarfs- und einsatzorientiert“ geplant.

Was benötigt der Einsatzbereich? Welche Lehrgänge brauchen Kontroll- und Streifenbeamte, Gruppenleiter, Zugführer oder Sachbearbeiter, um ihre Funktionen so gut wie möglich auszuüben? Was können sie sich im Selbststudium nicht beibringen?

Genau das soll jetzt wieder festgestellt werden. Startschuss für die Planungen war die Bildungskonferenz, zu der die Bundespolizeiakademie die Direktionsleiter im Februar 2011 eingeladen hatte, um die Fortbildungsschwerpunkte für 2012 zu erörtern.

Der erste Schritt nennt sich „Bedarfserhebung“. Der Kern ist einerseits eine Datei, in der die bekannten Lehrgänge (Produkte) aufgeführt sind. Bei jedem Produkt kann die Anzahl der benötigten Teilnehmer eingetragen werden. Die Führungskräfte wissen, welcher Bedarf für ihre Einheit, ihre Dienststelle oder Behörde besteht. Die Vorgesetzten müssen nicht nur die individuellen Fortbildungswünsche ihrer Mitarbeiter beurteilen, sondern darüber hinaus ihren Verantwortungsbereich insgesamt betrachten. Schließlich weiß ein einzelner Kontroll- und Streifenbeamter nicht unbedingt, dass der Kollege in der Waffenkammer im nächsten Jahr in den Ruhestand eintreten wird. Und die Fortbildung des Nachfolgers muss rechtzeitig geplant werden.

Was aber ist, wenn man ein Produkt benötigt, das noch gar nicht in dieser Bedarfsliste aufgeführt ist? Für diese Fälle gibt es das „Formular B“. Hier kann der benötigte Lehrgang beschrieben werden. Je genauer die Beschreibung gefasst wird, desto besser lässt sich auch ein Lehrgang entwickeln. Wenn dafür nur ein bestimmtes Zeitfenster zur Verfügung steht oder der Lehrgang als Inhouse-Schulung durchgeführt werden soll, so muss man auch dies angeben. Auch hier gilt: Je genauer die Wünsche und Bindungen aufgeführt werden, desto besser können die Fortbildungen konzipiert werden. Dabei können detaillierte Erläuterungen in Textform enorm helfen. Auch der Sachbereich Fortbildung hilft gerne weiter.

Als Nächstes erhält die Bundespolizeiakademie von den Direktionen und anderen Behörden (Polizeien der Länder, Bundeskriminalamt usw.) die Bedarfsmeldungen zurück und berechnet den Gesamtbedarf für jedes Produkt. So kann festgestellt werden, wie viele Lehrgänge durchgeführt werden müssen, um möglichst viele Teilnehmerplätze anzubieten.

Derzeit ist es leider noch nicht möglich, den gemeldeten Fortbildungsbedarfs komplett zu decken. Bei der Bundespolizeiakademie müssen zunächst die 3 200 Auszubildenden in den verschiedenen Ausbildungsgängen (u.a. mD, gD, hD) berücksichtigt werden. Auch die verschiedenen Eignungsauswahlverfahren und Laufbahnprüfungen beanspruchen Personal, Hörsäle und ca. 3 300 Betten in allen Bereichen der Bundespolizeiakademie und der Fachhochschule des Bundes. Was dann übrig bleibt, wird für die Fortbildung genutzt.

Für das Fortbildungsprogramm 2011 gingen mehr als 31 000 Bedarfsmeldungen ein; d.h. immerhin drei Viertel der Bundespolizeiangehörigen möchten einen Lehrgang besuchen. Das ist ein großer Zuspruch, über den sich die Initiatoren sehr freuen. Die Möglichkeiten der Bundespolizeiakademie reichen bis zum 31. August 2011 nur für ca. 13 000 Teilnehmer aus. Zudem gibt es innerhalb der angemeldeten Bedarfe auch unterschiedliche Dringlichkeiten. Diese können sich auf Basis gesetzlicher Vorschriften oder auch aus einsatztaktischer Sicht ergeben. Daraus folgt, dass nicht jeder angezeigte Bedarf erfüllt werden kann. Umso wichtiger ist es daher, dass wirklich jeweils nur der für diesen Zeitraum vorhandene Fortbildungsbedarf erhoben wird.

So also entsteht das Fortbildungsprogramm für 2012, und schon in diesem Sommer sollen die konkreten Lehrgänge und die Platzzuweisungen veröffentlicht werden. In den Direktionen erfolgt dann die Umsetzung mit der namentlichen Zuweisung der Teilnehmerplätze.

Da jeder Einzelne das Lehrgangsangebot der Bundespolizeiakademie maßgeblich mitbestimmt, ist eine aufgabenbezogene Planung der eigenen Fortbildung unabdinglich. Sie hilft, die Fortbildungsplanung noch genauer auf die Erfordernisse der Bundespolizei abzustimmen und eine optimale Nutzung der begrenzten Fortbildungsressourcen zu gewährleisten.

Michael Dautz
Hans-Peter Schneider
Illustration: Marco Kupke

Die Reiterstaffel

Es ist 5 Uhr, in den Stallungen in Berlin-Grunewald riecht es nach Heu – ein bekanntes Schnaufen und Scharren ist zu hören. Das Licht geht an und die 24 Pferde wissen – jetzt gibt es Futter. Sie sind groß, kräftig und für den besonderen polizeilichen Einsatz trainiert.

Oft wurde über diese Einheit diskutiert. Die Meinungen über die Reiterstaffel sind kontrovers. Sie polarisiert und lässt Raum für Gesprächsstoff, sowohl unter den Kollegen als auch beim polizeilichen Gegenüber. Das Pferd ist Zwangsmittel und Sympathieträger zugleich.

Es ist keinesfalls antiquiert oder unmodern, sondern ausdauernd, anpassungsfähig und weitestgehend witterungsunempfindlich. Das Pferd überwindet mühelos größere Geländepassagen, die für den Einsatz unserer anderen modernen Führungs- und Einsatzmittel nicht immer geeignet sind. Die erhöhte Sitzposition des Reiters verschafft ihm einen Überblick auch bei größeren Menschenansammlungen und unterstützt den Polizeiführer bei taktischen Planungen in Einsatzlagen.

Die Einsatzbesonderheiten

Der Einsatz von Pferden hat natürliche Grenzen. Es sind Lebewesen, die Hunger, Durst oder Kälte ähnlich empfinden wie Menschen. Die Einsatzfähigkeit orientiert sich an den Möglichkeiten und den damit verbundenen polizeilichen Zielen – das richtige Mittel zum richtigen Zweck. Sicher kommt auch niemand auf die Idee, die Gorch Fock im Steinhuder Meer einzusetzen und daraus ihre Tauglichkeit abzuleiten.

Der Transport

Nicht alles läuft bei der Reiterstaffel so ab wie bei anderen Einheiten. Ein Pferd ist kein technisches Gerät. Es hat Bedürfnisse und Eigenheiten, die berücksichtigt werden wollen. Große Einsätze wie beim Castortransport stellen die Reiterstaffel zudem vor logistische Herausforderungen. Die Einsatzausrüstung der Pferde muss überprüft und transportiert, verschiedenste Futtersorten müssen mitgenommen werden. Zu jedem Pferd gehören ein eigener Sattel, eine Trense und eine Kandare.

Bei Pferden ist es ähnlich wie bei Menschen: Nicht jeder versteht sich mit seinem Nachbarn. Bei einem Transport der Tiere über mehrere Stunden könnte eine falsche Zusammenstellung dazu führen, dass sich die Pferde gegenseitig verletzen. Die Bundespolizei verfügt zum Transport ihrer Dienstpferde über handelsüb-

liche Fahrzeuge, die für den polizeilichen Einsatz angepasst sind. Aber nicht jedes Pferd kann auf jedem Fahrzeug transportiert werden.

Die Unterkunft im Einsatzraum

Für wiederkehrende Einsätze gibt es Stammhöfe. In neuen Regionen sind viele Absprachen mit möglichen Reiterhöfen notwendig, um einsatznah und kapazitätsgerecht Platz zu finden.

Im Großeinsatz

Stefan Adam ist Dienstgruppenleiter und seit 1988 bei der Reiterstaffel: „Der letzte Castortransport im Wendland hat gezeigt, wie wertvoll das Pferd im Einsatzraum ist. Schon bei der Voraufsicht wurden Geländeabschnitte überwacht, die zum Teil so unzugänglich waren, dass diese kaum zu Fuß hätten erreicht werden können. Darüber hinaus steht die Reiterstaffel auch für Sonderaufträge zur Verfügung. Beim Castoreinsatz war die Versorgung mit Verpflegung einiger Kollegen mit Fahrzeugen nicht mehr möglich. Alle Zufahrten zum Einsatzort waren von Demonstranten versperrt. Die Reiterstaffel erreichte die Kollegen direkt über die Gleisanlage und konnte Speisen und Getränke überbringen“, so Adam.

Diese Art von Unterstützung ist allerdings eher die Ausnahme. Grundsätzlich steht der polizeiliche Einsatz im Vordergrund. Für die Reiterstaffel bedeutet dies einen Kontakteinsatz, der häufig das gesamte Ausbildungspaket der Pferde erfordert.

Die Pferde sind an das tägliche Verladen gewöhnt.

Die Ausbildung

Das Pferd als Führungs- und Einsatzmittel ist Hilfsmittel der körperlichen Gewalt und unterliegt damit dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes.

Doch nicht jedes Pferd ist als Polizeipferd geeignet. Während einer Probezeit von etwa vier Wochen werden die Tiere verschiedenen Stresssituationen ausgesetzt. Sollte sich ein Pferd charakterlich eignen, schließt sich eine mindestens halbjährige Ausbildung an, zu der die Dressur- und Springarbeit sowie die polizeiliche Gewöhnungsarbeit gehören. Es werden Einsatzsituationen nachgestellt. Das Pferd muss sich an optische Einflüsse gewöhnen. Dazu gehören unter anderem das Öffnen von Regenschirmen, vorbeifahrende Räder, Luftballons, Feuer und schwenkende Fahnen. Auch akustischen Einflüssen muss

das Pferd widerstehen. Trommeln, Pfeifen, Schreckschüsse dürfen das Pferd nicht beunruhigen. Der natürliche Fluchtinstinkt soll überwunden werden. Aber nicht jedes Pferd ist gleich einsatzstark. Ähnlich wie beim Menschen gibt es auch bei Pferden unterschiedliche Veranlagungen; diese im Sinne polizeilicher Zielerreichung richtig einzusetzen, ist die Herausforderung dabei. In der Reiterkette gehört dabei das einsatzstärkste Pferd immer in die Mitte, um den anderen Pferden Sicherheit zu geben. Auch hat sich das bei der Reiterstaffel schon lange praktizierte „Stammreiterprinzip“ bewährt: Grundsätzlich wird jedem Reiter ein festes Pferd zugeteilt, das er eigenverantwortlich auch bei den Fortbildungen trainiert und dabei Stärken und Schwächen erkennt. Diese Kenntnisse sind bei jeder Form des polizeilichen Einsatzes mit Pferden von unschätzbarer Bedeutung. Das Pferd muss seinem Reiter vertrauen,

Das Dienstpferd Donnovan vertraut seinem Reiter blind.

nur so entsteht eine Symbiose, die die Arbeit mit Pferden überhaupt erst ermöglicht.

Der Alltag

Der Einsatz der Reiterstaffel ist vielfältig. Je nach Lage fordern Inspektionen die Reiterstaffel als Serviceeinheit an. So trifft man Pferd und Reiter z.B. bei der Unterstützung der polizeilichen Maßnahmen anlässlich der hochsicherheitsgefährdeten Flüge in Berlin-Schönefeld oder beim Schutz der Bundesministerien. Bei Staatsbesuchen steht die Reiterstaffel am Schloss Bellevue oder am Bundeskanzleramt.

Nachdem vor Jahren noch die Flughäfen zum Hauptaufgabenbereich zählten, sind es heute die Bahnstrecken. Hier legt die Reiterstaffel täglich vorrangig um Berlin viele Kilometer zurück. Schwerpunkte sind immer wieder Baustellen der Bahnanlagen. Dazu werden sowohl uniformierte als auch zivile Reiter eingesetzt.

Unabhängig vom Wetter ist die Reiterstaffel immer im Dienst. Ob 25 Grad im Juni oder minus 8 Grad und eisiger Ostwind im Januar. An besonders schönen Tagen heißt es dann schon mal von Passanten: „So wie Sie Ihren Dienst versehen, möchte ich mal Urlaub machen!“ Nur im Winter ist die Reiterstaffel meist allein im Einsatzraum unterwegs. Aber genau dieser Situation muss sich jeder Kollege bewusst sein, der seinen Dienst bei der Reiterstaffel versieht.

„Unbestritten ist, dass dabei sehr wohl die Chance besteht, Hobby und Beruf miteinander zu verbinden. Denn bei vielen Kollegen sind häufig schon private Kenntnisse oder ein eigenes Pferd vorhanden“, so Adam.

Die Zukunft

Berlin-Grunewald als Standort für die Reiterstaffel ist mittlerweile zu klein, zu alt und zu teuer. Daher wird eine neue Liegenschaft in Stahnsdorf geplant. 2015 sollen dort Pferde und Reiter ihren neuen Dienstort haben.

Martina Nordwald, Maik Lewerenz
Fotos: Daniel Nedwed

Sattel, Woilach oder Schabracke, Reiterhalfter und Kandare: Jedes Dienstpferd hat seine individuelle Ausstattung.

Taucheinsatzleiter, Rettungstaucher und Buddy bergen den Verunfallten.

Vorbereitung für den Ernstfall

Tauchrettungsübung bei der GSG 9

Aufmerksam blickt der Taucheinsatzleiter auf den Baggersee. Zwei orange Bälle markieren die Position zweier Spezialeinsatztrupps (SET) der 2. (maritimen) Einsatzeinheit der GSG 9. Die Männer absolvieren gerade einen Orientierungstauchgang.

Plötzlich erscheinen zwei SET-Männer an der Wasseroberfläche am gegenüberliegenden Ufer. Der Taucheinsatzleiter legt die Handfläche auf den Kopf – in der Tauchersprache die Frage, ob alles in Ordnung sei. Doch statt des identischen Antwortzeichens bleibt einer der Männer im Wasser reglos, der andere schlägt mehrfach auf die Wasseroberfläche. Das ist das internationale Notsignal!

„Da ist was passiert – los, wir müssen hin“, ruft der Taucheinsatzleiter dem Rettungstaucher zu. Im Gerätewagen brausen sie zur anderen Uferseite, der Rettungstaucher legt seine Ausrüstung an. Ebenso setzt sich der Rettungswagen (RTW) des Polizeiärztlichen Dienstes (PÄD) der GSG 9, der die Übungstauchgänge begleitet, in Bewegung.

Kaum zwei Minuten später sind die Retter vor Ort und sprinten ins flache Uferwasser. Der Buddy des Verunfallten hat den offensichtlich Ohnmächtigen bereits dorthin transportiert. Sie bringen ihn an Land, wo er langsam wieder zu sich kommt. „Kannst du

Erste Hilfe am Ufer

mich hören? Was ist los?“ „Ich weiß nicht genau – ich wurde ohnmächtig.“

Eine Sauerstoffvergiftung? Während die Kameraden dem Geretteten die Ausrüstung ausziehen und ihn auf eine Trage legen, alarmiert der Taucheinsatzleiter die Notrufzentrale. „Tauchunfall – wir brauchen einen Arzt und eventuell eine Klinik mit Druckkammer.“

Inzwischen hat der PÄD bereits mit der Behandlung begonnen. Dann ertönt das Rotorengeräusch eines Hubschraubers. An Bord des EC 135: Dr. med. Renate Bohnen, Leiterin des PÄD. Der Verdacht der Sauerstoffvergiftung erhärtet sich, der Helikopter hebt in Richtung Uni-Klinik ab.

Praxisorientierte Sanitätsausbildung

Bis kurz vor Eintreffen der Ärztin war unklar geblieben, ob es sich um eine Übung oder einen Notfall handelte. Renate Bohnen: „Unsere Männer müssen jederzeit auf einen Notfall vorbereitet sein und auch in Extremsituationen einen klaren Kopf bewahren – dies erreichen wir durch realistische Szenarien.“

Die Rettungskette der GSG 9 im Einsatz gliedert sich in drei Abschnitte. In Phase 1 („rote Zone“, „Gefahrenbereich“) erfolgt die Versorgung durch einen Polizeivollzugsbeamten (PVB) der GSG 9. In Phase 2 („gelbe Zone“, „erste Deckung“) übernimmt ein Einsatzsanitäter oder der PÄD. In Phase 3 („grüne Zone“, „sicheres Umfeld“) erfolgt die Übergabe an den PÄD oder einen zivilen Rettungsdienst.

Jeder PVB der GSG 9 erhält eine gründliche Erste-Hilfe-Ausbildung und einzelne PVB durchlaufen Zusatzqualifikationen zum Einsatzsanitäter, was die zivile Qualifikation als Rettungssanitäter einschließt. Dazu kommen sanitätsdienstliche Schwerpunktausbildungen. PÄD-Leiterin Bohnen: „Obwohl jeder SET über mindestens einen eigenen Einsatzsanitäter verfügt, muss jeder PVB der GSG 9 lebensrettende Erstmaßnahmen gegebenenfalls noch ‚unter Feuer’ durchführen können – ähnlich wie beim Tactical-Combat-Casualty-Care-Verfahren militärischer Spezialkräfte.“

Im Rettungswagen erfolgt die erste Behandlung des Verunfallten durch den Polizeiärztlichen Dienst, unter anderem erhält er Sauerstoff.

Besondere Tauchunfall-Rettungskette

Die im Herbst 2010 erstmals durchgeführte Übung diente vor allem dazu, die besondere Rettungskette bei Tauchunfällen durchzuspielen. Bohnen: „Hier fehlten uns einige Erfahrungswerte, insbesondere, was das Meldewesen anbelangte.“ Erstes Fazit: Die Männer schalteten sofort von Übungs- auf Ernstfallbetrieb um und behielten dabei alle einen kühlen Kopf. Wichtigste Erkenntnis: Die Uni-Klinik musste rechtzeitig informiert werden, um im Notfall die Druckkammer bereithalten zu können. Die Leiterin des PÄD ist also zufrieden: „Wir haben wichtige Erkenntnisse gewonnen, um im Notfall gewappnet zu sein. Dennoch dürfen und werden wir uns nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen.“

Der Polizeiärztliche Dienst der GSG 9

Seit Anfang der 80er-Jahre verfügt die GSG 9 über einen eigenen Polizeiärztlichen Dienst (PÄD). Ausschlaggebend hierfür waren vor allem einsatztaktische Überlegungen. Die Notfallversorgung bei Einsätzen und Übungen bildet zwar einen wesentlichen Auftrag des PÄD der GSG 9, aber sie ist bei Weitem nicht der einzige.

Dazu kommen:

- die Beratung der Führungsgruppe bei Einsätzen,
- ständige Rufbereitschaft,
- Kurativmedizin,
- Arbeitsmedizin,
- Genehmigungsverfahren im Rahmen der Heilfürsorge,
- Aus- und Fortbildung im Bereich der Einsatz- und Rettungsmedizin sowie
- Marktsichtung, Entwicklung und Erprobung von Führungs- und Einsatzmitteln.

Wer sich für eine Verwendung im PÄD interessiert, absolviert zunächst eine Ausbildung und ggf. ein Studium im mittleren oder gehobenen Polizeivollzugsdienst. Dann muss er sich dem Eignungsauswahlverfahren der GSG 9 stellen. Es folgen eine neun Monate lange Basis- und Spezialausbildung sowie eine 13-wöchige Ausbildung zum Rettungssanitäter.

Um einsatztaktisch am Puls der Zeit zu bleiben, gehört ein umfangreiches Fortbildungsprogramm zum Dienst im PÄD.

Jan-Phillipp Weisswange

10 Kilo in vier Wochen - ohne Hunger, Stress und Frust

Es hatte sich einiges angesammelt in den letzten Wochen und Monaten, ganz besonders über die Weihnachtsfeiertage, und ich meine damit kein Geschenkpapier und auch keine Überstunden. Von Pfunden und Kilos ist hier die Rede. Leider Gottes hatten sie sich nicht bei irgendwem und irgendwo angesammelt, sondern direkt an meinen Hüften und an meinem Bauch. Dummerweise sind dies Körperregionen, die wenig ästhetisch anmuten, wenn sie sich erst einmal ausgedehnt haben. Bei mir war dies der Fall, und es ging sogar verhältnismäßig schnell. Sogar mein Kopf wurde davon nicht verschont: Bei einer bestimmten Kopfhaltung hatte ich frappierende Ähnlichkeit mit einem Kragenbär, und wenn ich lachte, verschwanden meine Ohren teilweise hinter den voluminösen Wangen. Okay, ich übertreibe ein wenig, aber ganz von der Hand zu weisen sind diese Vergleiche nicht.

Meine Waage fristete in dieser Zeit ein verstaubtes Dasein in einer dunklen Ecke des Bades. Sie war zu meinem Feind geworden, weil sie mir unbarmherzig eine äußerst unangenehme Wahrheit ins Gesicht schleudern würde: „Du bist zu dick!“ Im Übrigen befürchtete ich, sie zu zerstören, wenn ich sie mit meinem Gewicht konfrontieren würde.

Es waren zwar „nur“ äußerliche Veränderungen, die meinen Körper heimgesucht hatten und über die ich eigentlich großzügig hätte hinwegsehen können, aber ich spürte auch, dass mit meinem Blutdruck etwas nicht in Ordnung war. Ein Arztbesuch hätte dem sicherlich schnell Abhilfe schaffen können, aber wer möchte schon von jemandem, der genau weiß, wovon er redet, gesagt bekommen: „Sie sind zu dick!“?

Nachts schlief ich schlecht und die Regenerationsphase nach einem unvermeidlichen Treppenaufstieg, weil der Aufzug mal wieder defekt war, zog sich unverhältnismäßig in die Länge. Symptome, die mir vor ein, zwei Jahren noch völlig fremd gewesen waren, weil ich seit der Grundschule regelmäßig Sport getrieben hatte, 2004 sogar einen Marathon gelaufen war. Und jetzt das. Zu meinem Übergewicht trug auch der Umstand bei, dass ich mich im September 2009 einer Knieoperation unterziehen musste und anschließend nur wieder schwer Fuß fasste – oder war ich einfach nur zu faul, genoss das allabendliche Hineinsinken in meinen Sessel, rechts das Glas Wein, links die Knabbereien?

Zu jener Zeit kamen sie mit großen Schritten, suchten sich gleich Viren eine natürliche Körperöffnung und nahmen Besitz von mir: Die Kilos! Die Nahrungsfette nisteten sich in meinen Fettzellen ein und vermehrten sie. Es musste also etwas geschehen.

Das tat es auch, und zwar im Januar dieses Jahres. Dabei passierte es eher zufällig. Auf der letzten Redaktionskonferenz in 2010 wurde festgelegt, dass ich für die BPOL kompakt einen Artikel über das Abnehmen oder, vornehmer ausgedrückt, über Gewichtsreduktion schreiben solle. Okay, kein Thema, dachte ich – wohlwissend, dass einer meiner Kollegen, Kevin Baum, lizenzierter Sport- und Fitnesstrainer ist. Er sollte daher in der Lage sein, mir bei diesem Artikel unter die Arme zu greifen. Das tat er auch, aber anders, als ich dachte.

„Hmm, kein Thema!“, meinte Kevin. „Aber ich mache dir einen anderen Vorschlag: Ich helfe dir in den nächsten vier Wochen, ein paar Kilos abzunehmen und du schreibst dann quasi einen Selbsterfahrungsbericht darüber.“

Gaanz toller Vorschlag, Kevin, suuper Idee. Er musste das ungläubige Entsetzen in meinem Blick gesehen haben und fügte grinsend hinzu: „Du wirst es nicht bereuen, glaub mir.“

Ich nehme es vorweg: Er sollte recht behalten. Ich habe es bis heute nicht bereut. Mein BMI (Body-Mass-Index) ist von knapp 29 (Neigung zur Fettleibigkeit) auf unter 26 (leichtes Übergewicht) gesunken; ich habe in den vergangenen vier Wochen zehn Kilo abgenommen, und das, ohne zu hungern. Fahrstuhlfahrern begegne ich jetzt mit einem mitleidigen Lächeln, den Kragenbär habe ich in die Wüste gejagt und die Waage ist wieder mein Freund. Doch der Reihe nach …

In der ersten Januarwoche schrieb ich nach Kevins Anweisung alles auf, was ich tagsüber in mich reinschaufelte. Einzelheiten seien hier vorsichtshalber nicht erwähnt, aber es waren jede Menge kurzkettige Kohlenhydrate (wie sie z.B. in Schokolade, hellen Teigwaren, Reis, Knabbergebäck und süßen Getränken enthalten sind), die in der Vergangenheit dazu führten, dass sich die in meinem Körper enthaltenen Fettzellen übermäßig vermehrten. Nach Auswertung meiner Essgewohnheiten schlug mein persönlicher Fitnesstrainer (PFT) Kevin dann Alarm und eine grundsätzliche Nahrungsumstellung bei gleichzeitiger körperlicher Bewegung vor. „Aber zuerst schauen wir mal, wie es mit deinem Blutdruck, Puls usw. aussieht.“ Wollte mir mein PFT etwa Angst machen?

Montag

Die Stunde der Wahrheit schlug um 7:25 Uhr beim medizinischen Check des Sanitätsdienstes: Blutdruck 160/110, Ruhepuls 76, Gewicht 103 kg (bei 1,90 Meter Körpergröße). Das wird nie was, dachte ich. Ein erneutes Messen am nächsten Tag, nachdem ich eine Zeitlang auf der Liege gelegen hatte, erbrachte dann annehmbare Werte, und die Ärztin sorgte mit ihrem O.K. dafür, dass ich den Kilos auch sportlich den Kampf ansagen durfte.

Das Sportprogramm meines PFTs beinhaltete Kräftigungs- und Ausdauerübungen, die ich – miteinander kombiniert – mehrmals pro Woche für jeweils 15 bis 20 Minuten durchführen sollte. Als er mir die Übungen zeigte, schaute ich ihn misstrauisch an:

Hüftheben und halten in Rückenlage, dabei Fersen auf dem Pezziball zur statischen Kräftigung der Rumpfmuskulatur; Variation: einbeinig im Wechsel

Hampelmann, so etwas wie Schattenboxen, Kinnhaken (zum eigenen Kinn!) – ich sah mich schon nach der ersten Übung k.o. gehen – und Hocksprünge im Liegestütz sollten helfen, meine Kilos schmelzen zu lassen? „Das wird schon, du wirst sehen“, meinte mein PFT grinsend. Er grinste oft, und ich fragte mich, ob es ein Motivationsgrinsen oder doch eher Mitleid war. Aber es war mir jetzt egal, ich hatte meinem inneren Schweinehund einen Tritt gegeben und wollte es wissen. Adonis, ich komme!

Hinzu kamen Tipps für eine ausgewogene Ernährung (also viel Obst und Gemüse sowie fettreduzierte Speisen, um u.a. auch den Cholesterinwert niedrig zu halten) und eine anfänglich radikale Reduzierung der Aufnahme von Kohlenhydraten. Also vorerst keine Süßigkeiten, keine Nudeln und Kartoffeln und kein Brot. Halloo?! Wovon bitte soll ich leben? Und schon hatte ich ein neues Feindbild: den PFT! Aber da musste ich jetzt durch. Na ja, in der Not schmeckt die Wurst auch ohne Brot, redete ich mir ein.

In den kommenden Wochen trug ich alles, was ich wann aß und jede sportliche Betätigung in mein Ernährungs- und Bewegungsbuch ein. Neben meinem Schreibtisch standen zwei Kisten Mineralwasser; pro Tag mindestens zwei Liter Wasser oder Tee, bevorzugt Grüntee, trinken, gehörte zwingend dazu. „Und was ist mit Hefeweizen und Rotwein?“, fragte ich den PFT in meiner kurz aufkeimenden Verzweiflung und hoffte, er würde einlenken und mir das eine oder andere Glas gestatten. „Kein Problem, solange du diese Kalorien wieder durch Bewegung ausgleichst.“ Ich hasse dich, PFT!

Rumpfaufrichten in Rückenlage auf Pezziball zur aktiven Kräftigung der geraden Bauchmuskulatur

Donnerstag

In dieser ersten Woche ernährte ich mich morgens, mittags und abends von Eiweißshakes. Eine ziemliche Umstellung, wenn man morgens zur geliebten Tasse Kaffee auf Brötchen mit Gelee und Nougatcreme verzichten und abends vor dem Fernseher Knabbergebäck und ab und zu einem Weizenbier entsagen musste. Gott sei Dank schmeckte mir das in 1,5%iger Milch aufgelöste Eiweißpulver sehr gut – und es sättigte. Um mich trotzdem zu motivieren, stellte ich mir immer wieder vor, wie ich nach diesen Wochen ohne Bauch aussehen würde. Vielleicht würde ich nach Jahren mal wieder schwimmen gehen – ohne integrierten Schwimmreifen.

Als Zwischenmahlzeit gab es Obst oder Gemüse. Diese ersten Tage waren die härtesten; nicht weil ich Hunger hatte, sondern weil ich auf Liebgewordenes verzichten und meine Essgewohnheiten nahezu komplett umstellen musste. Nach jeder Mahlzeit, na ja, nach jedem Shake, freute ich mich auf etwas Festes.

Sonntag

Beim Mittagessen bin ich das erste Mal schwach geworden. Es gab gegrillten Lachs mit Kartoffel-Zucchini-Auflauf. Ich liebe Lachs, Kartoffeln sowieso, und daher blieb die Eiweißdose zu. Hmm, ein Genuss. Das schlechte Gewissen nach dem Essen verflog, als ich mir am Nachmittag die Joggingklamotten anzog und den aufgenommenen Kalorien bei einem Lauf mit anschließenden Kräftigungsübungen auf die Pelle rückte. Nach der Dusche zeigte meine Waage drei Kilo weniger für diese erste Woche. Langsam mochte ich meinem PFT wieder.

Kniebeuge an Wand mit Pezziball zur dynamischen Kräftigung der Oberschenkel und Gesäßmuskulatur; Achtung: Knie sollen in der Beugeposition nicht über die Fußspitzen hinausragen

In der zweiten Woche...

…gab es nur noch mittags und abends Eiweißshakes. Zum Frühstück durfte ich endlich wieder Brot essen, allerdings nach Möglichkeit nur Vollkornbrot. Als Belag wählte ich körnigen Frischkäse, fettarme Geflügelwurst (Hey, die schmeckt ja wirklich!) und fettarmen Käse (auch da gibt's Sorten, die nicht nach Pappe schmecken). In dieser Zeit entdeckte ich mein Faible für Grüntee, auch weil mein PFT meinte, Grüntee enthalte besondere Inhaltsstoffe, die eine Gewichtsabnahme unterstützen könnten. Das kann ich zwar noch nicht beurteilen, aber er schmeckt mir. Und da das Auge ja bekanntlich mitisst, bereitete ich mir meine Zwischenmahlzeiten aus Obst und Gemüse besonders liebevoll zu. Karotten und Paprika wurden mehr oder weniger kunstvoll zu länglichen Sticks geschnitzt, die ich in Frischkäse dippte, und das Obst schnitt ich in mundgerechte Stücke und drapierte sie in einem willkürlichen, bunten Durcheinander auf einem Teller, um es dann mit einer Gabel genussvoll zu vertilgen. Noch zwei Wochen, dann gibt's wieder Spaghetti.

Am Sonntag wurde ich erneut schwach. Ich verlegte den mittäglichen Eiweißshake auf das Frühstück und gönnte mir zum Mittagessen Fisch mit Brokkoli. Und das ohne schlechtes Gewissen, denn die Waage war am Abend zuvor bei 97 kg stehen geblieben – minus 6 kg. Ist das wirklich mein Spiegelbild?

Rumpfaufrichten auf Pezziball in Bauchlage zur dynamischen Kräftigung der Rückenstreckermuskulatur; Variationen: leicht: Arme auf Brust verschränkt; mittel: Arme 90 Grad angewinkelt; schwer: Arme lang ausgestreckt

Auswirkungen des Kraftausdauertrainings in Kombination mit Herz-Kreislauf-Training

Zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit und des körperlichen Wohlbefindens bietet sich eine Kombination aus Kraftausdauer- und Herz-Kreislauf-Training an. Die folgenden, exemplarischen Trainingseffekte wirken sich wohltuend auf den gesamten Organismus aus:

1. **Herz:** Durch Ausdauertraining wird auch der Herzmuskel trainiert und dadurch leistungsstärker. Dies hat zur Folge, dass mehr Blut mit weniger Schlägen in das Kreislaufsystem gepumpt wird und der Körper trotz weniger Schläge mehr Leistung bringen kann.

2. **Lunge:** Sie kann pro Atemzug mehr Sauerstoff aufnehmen

3. **Kreislauf:** Krankhafte Ablagerungen an den Innenwänden der Blutgefäße (Arteriosklerose) haben auch im Alter keine Chance. Damit wird Herz-Kreislauf-Erkrankungen vorgebeugt.

4. **Fettverbrennung:** Mit dem Aufbau von Muskelmasse sinkt der Körperfettanteil, weil Fett nur in Muskeln verbrannt werden kann.

5. **Stoffwechsel:** Die Verarbeitung der Grundnährstoffe Kohlenhydrate, Fette und Eiweiße in den Muskeln wird verbessert; Folge: Gewichtsreduzierung.

In der dritten Woche...

…gab es nur noch abends einen Eiweißshake. Mittlerweile trug ich keine Uniform mehr, nein, sie hing förmlich, allerdings ziemlich unförmig, an mir herab, und es sah aus, als hätte ich keinen Hintern mehr in der Hose. Dafür passten mir zwei Jeans, die ich vor Jahren frustriert und schweren Herzens im Kleiderschrank verstaut hatte, und den Gürtel konnte ich um zwei Löcher enger schnallen. Neben einem neuen Lebensgefühl bot sich mir auch ein völlig neues Geschmackserlebnis, als ich einige der Rezepte meines PFTs ausprobierte, so z.B. Thunfischfrikadellen. Die schmecken kalt noch besser als warm, weshalb ich sie auch schon zum Frühstück verzehrte. Was war nur mit mir geschehen? Ich tauschte Nutellabrötchen gegen Thunfischfrikadellen – unglaublich!

Auch in dieser Woche absolvierte ich fast jeden zweiten Tag das Sportprogramm meines PFTs oder joggte eine halbe Stunde, manch-

Der Trainer: Kevin Baum

Kevin Baum ist bei der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main für das aktive Gesundheitsmanagement verantwortlich. Er ist DSSV*-diplomierter Sport- und (medizinischer) Fitnesstrainer, Gesundheits- und Ernährungsberater sowie Rückenschultrainer und Übungsleiter in den Sparten Präventions- und Rehabilitationssport mit dem Schwerpunkt Orthopädie.

Wer sich über gesundheitsbewusste Ernährung und Bewegung kundig machen und/oder den eigenen Pfunden zu Leibe rücken will, kann sich gerne mit ihm in Verbindung setzen:
kevin.baum@polizei.bund.de

* Deutscher Sportstudio Verband e.V.

mal auch beides. Am Wochenende zeigte die Waage 96 kg – insgesamt minus 7 kg weniger. Ich gebe zu, dass ich ein bisschen enttäuscht war, hatte ich doch gedacht, dass es so weiter ging wie in den beiden ersten Wochen. Doch mein PFT meinte, ich hätte schon mehr erreicht, als er in der Kürze der Zeit für möglich gehalten hätte. „Anfangs purzeln die Pfunde in der Regel etwas schneller. Ein realistisches Ziel sollten 0,5 kg Gewichtsreduktion pro Monat sein." Ich rechnete nach: 6 kg in einem Jahr, 12 kg in zwei Jahren, 18 in …

Woche Vier

Die Eiweißdosen waren fast aufgebraucht, aber ich brauchte sie in der vierten Woche ja auch nicht mehr, denn es war wieder „Vollverpflegung" angesagt. Allerdings achtete ich darauf, mich an die Vorgaben meines PFT zu halten: Kohlenhydrate (Vollkornprodukte, Nudeln, Kartoffeln, Reis usw.) möglichst nur morgens und mittags, abends Eiweiße, also z.B. Steaks von vorzugsweise Pute oder Hühnchen, sowie Salate und Gemüse etc. Durch die zahlreichen Gespräche mit meinem PFT wusste ich mittlerweile, dass sich Kohlenhydrate, die im Übermaß angeboten werden, im Körper als Fett z.B. an meinen Hüften und an meinem Bauch ablagern, wenn sie nicht durch ausreichende körperliche Bewegung (Hampelmann und Co.) als Energielieferant verwertet werden.

„Das ist auch ein Grund, warum man nach 17 Uhr möglichst kein Obst mehr zu sich nehmen sollte", erklärte mir mein PFT und lächelte wieder zweideutig. (Schon klar, Mann, ich nehme bestimmt keine Wassermelone oder Kiwis mit ins Bett.) „Der Fruchtzucker lässt den Blutzuckerspiegel ansteigen", führte mein PFT weiter aus. „Als Folge ist der Körper mit der Produktion von Insulin beschäftigt, was zu einer eingeschränkten Funktion der Körperfettverbrennung führt." So, meinst du? Ich gebe zu, dass mich das Wissen meines PFTs in dieser Hinsicht zwar beeindruckte, aber dass für mich letztendlich nur meine geschmolzenen Kilos zählten.

Nachdem ich zum Ende dieser Woche noch einen Sonntagslauf hinter mich gebracht hatte, blieb die Waage am Abend nach vier Wochen der eingeschränkten, aber bewussten Nahrungsaufnahme, des Verzichts auf langjährige (Ess-)Gewohnheiten und der Wiederentdeckung des eigenen sportlichen Leistungsvermögens bei 93 kg stehen.

In der Tat, es hatte sich einiges angesammelt in den letzten vier Wochen, und ich ertappte mich dabei, wie ich meine Frau aufforderte: „Greif zu, solange noch was da ist!"

Armin Thiel

Leserbriefe

Dienstsport in der Bundespolizei

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausgabe 1-2011 habe ich vor wenigen Tagen lesen können. Das behördeninterne Medium der Bundespolizei hat nicht nur äußerlich ein neues Gesicht erhalten, sondern auch inhaltlich hat sich bei der Themenauswahl, aber auch bei deren Betrachtungsweise einiges zum Positiven geändert. […] Umso erstaunter bin ich über den Artikel „Dienstsport in der Bundespolizei“. Dieser Artikel liest sich wie ein Rückfall in die alte (schlechte) Zeit. […] Die Notwendigkeit körperlicher Fitness für das Berufsbild des Polizeibeamten ergibt sich von allein und ist unbestritten. Hier geht es um den Weg, die körperliche Fitness nicht nur zu erreichen, sondern auch zu erhalten. Die in dem Artikel hochgelobte Konzeption Polizeitraining Teil Dienstsport gleicht für mich eher einer jedermann übergestülpten Doktrin als einem adressatengerechten Weg zur körperlichen Fitness. Hinzu kommt, dass die von der Bundespolizei an vielen Orten zur Verfügung gestellte Infrastruktur einfach nicht oder nicht ausreichend vorhanden ist, um diese Konzeption im Ansatz zielführend umzusetzen. Entgegen der Lobhudelei in ihrem Artikel fehlt es tatsächlich an adäquaten und vor allem verfügbaren Einrichtungen, an Personal (Polizeitrainer) und vor allem an Zeit. So wird an unserer Dienststelle die Notwendigkeit der Einführung eines zweiten zusätzlichen Ausbildungstages diskutiert, um den aufgepressten Verpflichtungen überhaupt noch nachkommen zu können.

Die vielen Dienststellen mit ihren unterschiedlichen Charakteren, unterschiedlichen Aufgabenfeldern und vor allem unterschiedlichen Personalstrukturen brauchen eine adressatengerechte Konzeption, die motiviert und dabei fördert. Die vorhandene Konzeption tut beides nicht. Im Gegenteil: Der für die Kolleginnen und Kollegen U45 zu erbringende Sprint fördert nur eins: die Ausfallquote durch Muskelfaserrisse und Zerrungen bei untrainierten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. In der Folge kann nur jedem geraten werden, beim Sprint „vorsichtig“ zu sein, was bei einem Sprint absurd ist. Erwachsene Menschen motiviert so etwas nicht. Jedem Sportmediziner müssten sich die Nackenhaare aufstellen bei der Vorstellung, dass untrainierte Wechselschichtdienstler zum Sprint auf Zeit angehalten werden. Ohne Frage ist jede Kollegin und jeder Kollege verpflichtet, ihre/seine körperliche Fitness zu erhalten und zu fördern. Aber wer wirklich diese Konzeption für den richtigen Weg hält, der hat den Blick für die lebensnahen Realitäten verloren. Bis heute habe ich nicht verstanden, wie man in Anbetracht der Personalstrukturen und der fehlenden Infrastruktur bei den Inspektionen eine solche Dienstsportkonzeption vollflächig umsetzen konnte. Dann auch noch von einer möglichen Berücksichtigung bei der Leistungsbeurteilung zu sprechen, setzt dem Ganzen die Krone auf. Wulf Winterhoff, Hamburg

Ausgabe 1-2011

Zur aktuellen Ausgabe würde ich mich gerne äußern. Ich fange hinten an, um dann zum Punkt zu kommen: Preisrätsel – geschenkt; Notarzthubschrauber – Tatortkommissar gut und schön; Leserbriefe – manchmal erstaunlich offen und ehrlich; Cartoon –

ungefähr so witzig wie im Pfarrbrief; Sport in der Bundespolizei – immer interessant; Technik und Logistik – na ja: TMS – braucht jeder, schön mal ein Gesicht dazu zu sehen; Rechtskunde – wichtig; Englischer Artikel über Afghanistan – lehrreich; Informationen zum Studium – eine durchweg positive Darstellung; 60 Jahre Bundespolizei – Geschichte ist immer interessant; Gedenken an die Toten – eine schöne Idee und Gelegenheit, in Meditation innezuhalten; GSG 9 und Corinna M. – das wäre was für die Berufsberatung; Polnischer Grenzschutz – informativ mit skurrilen Bildern; Zivilcourage – zu kurz abgehandelt; HOD „bezahlter Urlaub" – nicht wirklich entkräftet; KrimB – eine interessante Reportage; Kurzinterview mit dem Innenminister – klare Worte erwartet niemand; die ersten 100 Tage – auch zu kurz.

Und dann kommt direkt zum Anfang für mich der Oberknaller, die Reportage über Liebe am Arbeitsplatz. Vielschichtig und von vielen Seiten beleuchtet. Auch von der gleichgeschlechtlichen – und dies scheint einigen Kollegen ein Dorn im Auge zu sein. Ein Kommentar war zum Beispiel. „Ja, sind wir denn eine Schwulenpolizei?" Solche Kommentare machen deutlich, dass es wichtig ist, solche Themen aufzugreifen und zu diskutieren. Nur so kann man den Status erreichen, der in der Gesellschaft schon weitverbreitet ist. Lediglich bei der Polizei und im Profifußball scheint es keine gleichgeschlechtliche Liebe zu geben.

Vielen Dank für den mutigen Artikel und viel Glück für Christian Blohm und Erik Werle. Sie werden es leider brauchen, denn viele sind noch nicht so weit, die Toleranz und auch die entsprechende Akzeptanz ihnen entgegenzubringen. Thomas Kinski, Düsseldorf

Küssen Verboten

Ich hatte mit einigem Interesse den oben genannten Bericht gelesen. Auch oder gerade aus der Sicht eines Führungsbeamten der unteren und mittleren Führungsebene. Leider hatten mir zu o.a. Titelthema der letzten Ausgabe zwei wichtige Punkte gefehlt, auf die m.E. eingegangen werden müsste. 1. Fragen des Aussageverweigerungsrechtes, hier Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 StPO. So können Ehepartner, Verlobte oder Partner innerhalb einer Lebenspartnerschaft die Aussage verweigern, auch wenn die Ehe, die Verlobung oder die Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht. Dies kann bei dienstlich und insbesondere strafrechtlich relevanten Sachverhalten zu ernsthaften Problemen führen […]. So handhabe ich es in aller Regel, dass ich die eben aufgeführten Personen nicht unmittelbar, d.h. zusammen, Dienst verrichten lasse. […] 2. Mein zweiter Punkt leitet sich aus dem eben Beschriebenen ab. Personen, welche sich in einem persönlichen Verhältnis zueinander befinden, reagieren u.U. in polizeilichen Extremsituationen anders als Personen, die in keinem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen.

Ich möchte es anhand eines Beispieles verdeutlichen.

Im Rahmen eines Nachtdienstes kommt eine Streife der Bundespolizei am Bahnhof X zu einer Schlägerei hinzu. Im Rahmen der Vornahme der polizeilichen Maßnahmen kommt es zu einer Verletzung eines der Kollegen. Der im Dienst befindliche Lebenspartner hört den Funk mit und erfährt, dass hier sein Lebenspartner/seine Lebenspartnerin verletzt wurde.[…]

Gerade bei der angesprochenen Personengruppe können nicht kalkulierbare Reaktionen des Kollegen erfolgen. Dies sollte meines Erachtens eine Führungskraft bereits im Vorfeld berücksichtigen. […] Erik Schierack, Freiburg

Werthebach

Prof. Dr. Wolfgang Stock beschreibt in eindrucksvoller Form, was wir alle bereits denken, aber nicht diskutieren.

Er schreibt: „Die historische Vorgabe des Polizei-Föderalismus ist entfallen." Daran festzuhalten, bedeutet unnötige Bürokratie. Die Angst vor Veränderungen schadet den „Schutzsuchenden", beschützt die Kriminellen und verschwendet erhebliche Steuermittel.

Die Empfehlungen der Werthebach-Kommission greifen allerdings viel zu kurz. Die gesamte Polizei müsste auf den Prüfstand. Jürgen Zabler, Karlsruhe

Liebe Leserinnen und Leser,
die Resonanz an Leserbriefen wird von Ausgabe zu Ausgabe besser, das freut unser Team sehr, denn wir leben von Ihren Hinweisen und Anregungen.

Das Mittel der Online-Befragung hat sich dagegen quantitativ nicht bewährt. Daher stellen wir diese Möglichkeit der Bewertung ab sofort ein.

Bleiben Sie aber bitte am Ball und senden uns weiterhin Ihre Meinung an:
redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Wir behandeln Ihre Leserbriefe absolut vertraulich und veröffentlichen sie nur nach Rücksprache und mit Ihrer Erlaubnis.
Ihre Redaktion

Bundespolizisten auf Tour ...

... nach Altötting

Die Bundespolizei-Seelsorge veranstaltet heuer wieder eine Biker-Wallfahrt nach Altötting. Prediger bei dem Festgottesdienst, der am Samstag, dem 7. Mai, um 11 Uhr in der St. Konrad-Kirche zelebriert wird, ist der Deggendorfer Bundespolizei-Seelsorger, Pater Dr. Gabriel Wolf. Im Anschluss an die Messe begrüßt die Gläubigen an der weltberühmten Gnadenkapelle ihr bischöflicher Administrator, Prälat Ludwig Limbrunner. Bei der Zusammenkunft werden auch die Motorräder gesegnet.

Die Tradition einer Pilgerfahrt der Bundespolizisten zu ihrem Patron, dem heiligen Bruder Konrad, wird bereits seit 2006 aufrechterhalten. Inzwischen machen sich regelmäßig rund 200 Kollegen, zum Teil in Begleitung ihrer Familien, auf den Weg nach Altötting, um ihrem Herrgott „danke“ zu sagen. Die oberbayerische Stadt mit der heiligen Kapelle und ihren unzähligen Votivbildern zu Ehren der „Schwarzen Madonna“ hat für die Katholiken eine besondere Bedeutung. Im Vorwort zum Altöttinger Stadtführer schreibt Papst Benedikt XVI.: „Ich habe das Glück, ganz in der Nähe von Altötting geboren zu sein. So gehören die gemeinsamen Wallfahrten mit meinen Eltern und Geschwistern an den Gnadenort zu meinen frühesten und schönsten Erinnerungen.“

... nach Sankt Augustin

Am ersten Juniwochenende ist es wieder so weit. Sankt Augustin wird wieder Treffpunkt von mehreren Hundert Motorradfahrern aus dem In- und Ausland. Die Bundespolizei und private Fahrergemeinschaft „Biker in der Bundespolizei“ laden am 4. Juni um 15 Uhr zum nunmehr achten Polizei-Biker-Gottesdienst ein.

Nach dem Motto „Gemeinsam lenken und gedenken“ wird den tödlich verunglückten und den im Dienst getöteten Polizisten mit einer Prozessionsfahrt und einem Gottesdienst gedacht. Gleichzeitig wird in diesem Jahr der „Förderkreis für krebskranke Kinder und Jugendliche Bonn e.V.“, der gemeinsam mit Ärzten und Schwestern die Behandlungssituation für krebskranke Kinder verbessert, durch die Sammlung von Spenden unterstützt.

Nähere Informationen unter
www.seelsorge-bpol.de
www.bundespolizeibiker.de

Thomas Borowik und Jens Flören

Auch dieses Jahr werden unzählige Motorräder von Bundespolizei-Wallfahrern vor der Altöttinger St. Konrad-Kirche geparkt. Der Organisator, Pater Gabriel, rechnet mit einer regen Beteiligung.

Symbolische Scheckübergabe in Blumberg. (v.l.n.r.) Präsident Matthias Seeger, Sven Hüber, Michael Jäger, Martin Schilff

Lange Haftstrafen verhängt

Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte vier Angeklagte wegen der Einschleusung von Ausländern. Der Haupttäter muss acht Jahre und die Mitangeklagten vier Jahre und zwei Monate sowie zweieinhalb Jahre ins Gefängnis.

Ermittlungsbeamte der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung München konnten den Tätern insgesamt 300 Schleusungen über Deutschland nach Skandinavien nachweisen.

Stefanie Kuhn

Hilfe für Bundespolizisten

Im Februar übergab Michael Jäger, Leiter des Aus- und Fortbildungszentrums Walsrode, einen Spendenscheck in Höhe von 3.524,72 Euro an die Bundespolizei-Stiftung.

Die rund 700 Gäste des Neujahrskonzerts der Stadt Walsrode und des Aus- und Fortbildungszentrums Walsrode haben diese Summe im Januar dieses Jahres gespendet.

Das Geld steht nun der Bundespolizei-Stiftung für die Hilfe von in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung.

Stefanie Kuhn

Vizeweltmeister im Bahnradsport

Ende März fanden die Bahnradweltmeisterschaften 2011 in den Niederlanden statt. Rene Enders vom Bundespolizeileistungssportprojekt Cottbus holte in Apeldoorn die Silbermedaille im Teamsprint der Männer.

Im Finale musste sich das Bundesdeutsche Trio um Rene Enders (Erfurt), Maximilian Levy (Cottbus) und Stefan Nimke (Schwerin) nur den starken Franzosen mit knapp 0,6sec Rückstand geschlagen geben. "Eine unrhythmische ersten Runde gab den Ausschlag für den Rückstand, sonst wäre mehr drin gewesen", so Enders. Nach seiner "Vizeweltmeisterschaft" stand dann Enders im Keirin-Finale und belegte den 5. Platz. "Das ist definitiv mehr als ich mir erhofft hatte. Wenn man im Finale steht will man natürlich eine Medaille, aber ich kann mich auch über den fünften Platz freuen", so der Erfurter nach dem Rennen.

Die Bahnradweltmeisterschaften wurden über mehrere Tage hinweg in den Disziplinen Sprint, Teamsprint, 1000m-Zeitfahren, Madison, Omnium, Keirin, Punkterennen, Scratch sowie Einzelverfolgung und Mannschaftsverfolgung bei den Männern ausgetragen. Bei den Frauen kamen folgende Disziplinen zu Einsatz: Omnium, Keirin, Sprint, Scratch, Einzelverfolgung, Teamsprint, Mannschaftsverfolgung, 500m-Zeitfahren und Punkterennen.

Holger Christenn

Bundespolizei-Stiftung

Spenden für Helfer in Not:

Bundespolizei-Stiftung

Sparda-Bank West eG
Konto-Nr.: 683 680
BLZ: 370 605 90

Die Spenden werden ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen Zwecken verwendet. Die Geldzuwendungen können zweckgebunden erfolgen. Die Bundespolizei-Stiftung ist befugt, Spendenquittungen auszustellen.

Mehr erfahren Sie unter:
www.bundespolizei.de

BUNDESPOLIZEI